

5. (Sonder-)Sitzung

Potsdam, Freitag, 4. Dezember 2009

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	152	Vogel (GRÜNE/B90)	168
Senfleben (CDU)	152	Dombrowski (CDU)	172
1. Regierungserklärung und Aussprache		Ness (SPD)	173
Ministerpräsident Platzeck	153	Frau Teuteberg (FDP)	174
Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)	156	Büttner (FDP)	177
Dr. Woidke (SPD)	160	Persönliche Erklärung des Abgeordneten	
Goetz (FDP)	163	Dr. Luthardt (DIE LINKE)	178
Frau Kaiser (DIE LINKE)	164		

Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich zur heutigen 5. Sitzung des Landtages Brandenburg, zu einer Sondersitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich Sie über Folgendes zu informieren: Frau Renate Adolph hat mit Ablauf des 30. November 2009 auf ihr Mandat im Landtag Brandenburg verzichtet. Der Landeswahlleiter hat mitgeteilt, dass Frau Irene Wolff-Molerciuc mit Wirkung vom 3. Dezember 2009 Mitglied des Landtages Brandenburg geworden ist. Sie gehört der Linksfraktion an.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Es ist ihr ja nichts Neues. Ich wünsche erfolgreiche Arbeit.

Ich teile Ihnen weiterhin mit, dass die Abgeordnete Gerlinde Stobrawa mit Wirkung vom 30. November 2009 von ihrem Amt als Vizepräsidentin des Landtages Brandenburg zurückgetreten ist.

Die Fraktion DIE LINKE hat mitgeteilt, dass sie am 25. November 2009 Herrn Stefan Ludwig und Frau Kornelia Wehlan als stellvertretende Vorsitzende sowie die Abgeordneten Thomas Domres, Peer Jürgens, Margitta Mächtig und Birgit Wöhlert als Mitglieder des Fraktionsvorstandes gewählt hat.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt der Entwurf der Tagesordnung vor. Das Präsidium hat soeben noch einmal bestätigt, die Rede des Ministerpräsidenten als Regierungserklärung im Sinne der Geschäftsordnung zu behandeln.

Gibt es Bemerkungen zur vorliegenden Tagesordnung? - Bitte sehr.

Senftleben (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich wollten wir nur inhaltlich debattieren, aber aus gegebenem Anlass möchte ich am Anfang noch ein paar Punkte zur Tagesordnung klären.

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2009 hat Herr Platzeck uns erklärt, dass er im Rahmen des § 31 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg für die Regierung das Wort ergreifen und eine Erklärung abgeben will. Dies ist aufgrund der Aktualität des Themas für die Sitzung am heutigen Tag ein ganz normaler Vorgang. Gemäß § 31 der Geschäftsordnung sind für den Ablauf der Tagesordnung gewisse Voraussetzungen geschaffen, wie die Fraktionen Einfluss nehmen können, dass zum Beispiel auf Zwischenfragen reagiert werden kann und Ähnliches.

Das Ganze ist gestern in der Runde der Parlamentarischen Geschäftsführer auch so besprochen worden. Es wurde verabredet, am heutigen Tag so zu verfahren.

In der Einladung, die im Präsidium mit der Mehrheit von Rot-Rot beschlossen worden ist, heißt es plötzlich: Es handelt sich um eine Regierungserklärung.

Eine Regierungserklärung wiederum hat ganz andere Abläufe in der Sitzung zur Folge als die Abgabe einer Erklärung durch den Ministerpräsidenten. Daneben geht es aber auch um die Frage der demokratischen Grundregeln im Landtag Brandenburg, die - wie man so schön sagt - bisher gute Gepflogenheit waren.

Zu den Gepflogenheiten zählte unter anderem, dass die Regierungserklärung allen Fraktionen rechtzeitig im Vorfeld der Sitzung zugegangen ist. Das ist dieses Mal nicht der Fall, denn bis gestern hieß es ja noch, es werde keine Regierungserklärung abgegeben.

(Holzschuher [SPD]: Vertagen wir die Sitzung!)

Heute steht nun plötzlich doch eine Regierungserklärung auf der Tagesordnung. Deswegen ist die Frage: Worauf hat sich Herr Platzeck vorbereitet: auf eine Regierungserklärung oder auf eine Erklärung?

Auf meine Frage, ob es jetzt Standard sei, dass den Fraktionen die Regierungserklärung nicht mehr im Vorfeld zur Kenntnis gelange, antwortete der Chef der Staatskanzlei: Nein, das ist nicht üblicher Standard, es wird sich in Zukunft wieder anders darstellen. Herr Platzeck hat bis eben an seiner Regierungserklärung gearbeitet. - Daraufhin erwiderte ich: Das heißt, sie ist nun fertiggestellt und kann uns also noch rechtzeitig vor der Sitzung zugestellt werden. - Herr Gerber gab mir zu verstehen, er wisse nicht, wo sich Herr Platzeck aufhalte.

Meine Damen und Herren! Ich will nur sagen, das sind keine demokratischen Spielregeln und keine Geschäftsordnungsgrundlagen im Landtag Brandenburg, und das ist der Diskussion im Landtag nicht angemessen. Deswegen möchte ich im Namen der Fraktion der CDU auf das heftigste protestieren. Diese Vorgehensweise ist nicht akzeptabel! - Danke schön.

(Beifall CDU, FDP sowie vereinzelt GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Senftleben, für Ihre Bemerkungen. Das Präsidium hat - wie erwähnt - in guter, demokratischer Tradition mehrheitlich beschlossen, dem Wunsch der Oppositionsparteien nach einer Regierungserklärung nachzukommen. Das Plenum stimmt über die Tagesordnung ab, und ich stelle die Tagesordnung jetzt zur Abstimmung. Wer ihr Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. -

(Homeyer [CDU]: Denken Sie an Ihre Neutralität!)

Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei einer Anzahl von Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist die Tagesordnung angenommen worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung und Aussprache

Der Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Platzeck: *

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor wenigen Wochen hat die neue Brandenburger Landesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist angetreten, um dringende Probleme der Menschen bei uns im Lande zu lösen. Sie ist angetreten, um die wichtigen Zukunftsaufgaben, vor denen wir stehen, anzupacken. Sie ist angetreten, um Brandenburg Schritt für Schritt zu einem besseren Land für alle seine Bürgerinnen und Bürger zu machen.

Ihnen, den Bürgern Brandenburgs, und ihrer Zukunft will, muss und wird diese Regierungskoalition dienen. „Erneuerung und Gemeinsinn - ein Brandenburg für alle“, dieses programmatische Leitmotiv der neuen Regierungskoalition ist in all seinen Bestandteilen ernst gemeint.

Wir brauchen in Brandenburg Erneuerung, und wir brauchen gerade deshalb Gemeinsinn, Zusammenhalt und Miteinander. Vor allem, meine Damen und Herren, brauchen wir ein Brandenburg, in dem niemand zu dem Eindruck gelangt, er werde dauerhaft ausgegrenzt, abgehängt oder vergessen. Dazu gehören für mich ausdrücklich und zuallererst die Opfer der SED-Diktatur.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt GRÜNE/B90)

Ein Brandenburg, das zupackt, das zusammenhält - dieses Ziel ist in den schwierigen Zeiten der weltweiten Krise dringlicher und aktueller denn je.

„Erneuerung und Gemeinsinn - ein Brandenburg für alle“, in diesen Zielen weiß sich die neue Landesregierung einig mit der großen Mehrheit der Menschen hier bei uns im Land.

Aber, meine Damen und Herren, ich räume ein: Es ist der von mir geführten Landesregierung in den ersten Wochen unserer gemeinsamen Arbeit noch nicht gelungen, diesem Anspruch gerecht zu werden. Das ist ein schmerzhaftes Eingeständnis.

Gleichwohl, meine Damen und Herren, die Unruhe der vergangenen Wochen ist keine politische Krise dieser Landesregierung, auch keine Krise der Parteien, die diese Koalition tragen. Es ist vor allem eine Krise der moralischen und auch der politischen Integrität einiger Mitglieder dieses Landtages. Ich nenne hier ausdrücklich Herrn Hoffmann und Frau Adolph.

Meine Damen und Herren! Die beiden haben sich mit ihrem schlimmen Vertrauensbruch nicht nur selbst diskreditiert, sie haben auch ihrer Partei schweren Schaden zugefügt, und sie haben der neuen Koalitionsregierung Knüppel zwischen die Speichen geworfen. Aber was noch viel schlimmer ist: Indem sie ihre wie auch immer im Einzelnen gearteten Stasiverstrickungen hartnäckig verschwiegen haben, haben die betroffenen Abgeordneten einen offenen Prozess der reinigenden, historischen Aufarbeitung belastet und erschwert. Dieses unser Land braucht diesen Prozess dringend.

Vor allem das dramatische Versagen der Genannten angesichts der Anforderungen individueller und politischer Wahrhaftigkeit ist es, das uns nun gemeinsam zurückwirft und eine allzu

vereinfachende, polarisierende und auch rückwärtsgewandte Konfrontation zulässt: eine Konfrontation, die aufheizt, wo historische Aufklärung notwendig wäre, eine Konfrontation, die spaltet, wo wir Verständigung brauchen, eine Konfrontation, die Menschen abstößt, statt sie anzuziehen. Denn, meine Damen und Herren, es ist ganz sicher auch die teilweise denunziatorische Art der Diskussion, die der politischen Kultur in unserem Lande nicht guttut.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit ihrem eklatanten moralischen und politischen Versagen müssen die Abgeordneten selber klarkommen. Sie haben aber einen Schaden angerichtet, der uns alle betrifft. Dieser Schaden hätte nicht eintreten dürfen. Ich bedaure ihn ganz außerordentlich.

Der eklatante Vertrauensbruch wirft schwierige Fragen auf: Wie war es möglich, dass Herr Hoffmann und Frau Adolph meinten, sich über die ohne Wenn und Aber gültigen Prinzipien der Offenheit, der Klarheit und der Transparenz in Bezug auf Stasiverstrickungen hinwegsetzen zu können? Wie, meine Damen und Herren, war es möglich, dass sie offenkundig annahmen, es mit der Aufarbeitung ihrer persönlichen Stasiverstrickung nicht allzu ernst nehmen zu müssen?

Jedenfalls in formaler Hinsicht liegt die Antwort aus heutiger Sicht auf der Hand: Herr Hoffmann und Frau Adolph sind seit 2004 Mitglieder dieses Hohen Hauses. Es hat aber seit 1990 im Brandenburger Landtag keine systematische Stasiüberprüfung aller Abgeordneten mehr gegeben. Wir müssen uns eingestehen - auch ich ganz persönlich -: Das war ein Fehler, ein Fehler, der sich heute rächt, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Deshalb plädiere ich dafür, dass der Landtag noch in diesem Jahr das Abgeordnetengesetz so novelliert, dass die Überprüfung aller Abgeordneten in einem geordneten Verfahren stattfinden kann.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Partei, die Brandenburger Sozialdemokratie, und die Führungsgremien der Brandenburger Linkspartei haben die neue Regierungskoalition nicht im Zustand der Vergangenheitsvergessenheit, nicht im Zustand der Geschichtsvergessenheit ausgehandelt. Ganz im Gegenteil: Dimension und Problematik dieser Koalition war uns in hohem Maße bewusst.

Gerade meine Partei, die ostdeutsche Sozialdemokratie, wurde im Herbst 1989 mit dem zentralen Ziel neu gegründet, das illegitime Machtmonopol der damaligen Staatspartei SED zu brechen und zu beenden. Genau das war der sozialdemokratische Gründungsimpuls. Diese stolze, antidiktatorische und antitotalitäre Traditionslinie ist in meiner Partei in höchstem Maße lebendig.

Aus dieser Tradition kommend haben wir Sozialdemokraten darauf bestanden, dass in der Präambel des Vertrages die folgenden Sätze in aller nur möglichen Klarheit festgehalten worden sind. Ich zitiere aus der Präambel des Koalitionsvertrages:

„Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben. Der offene und kritische Umgang

mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Leid in Missachtung von Freiheit und Demokratie.“

(Hört, Hört! bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Diese Sätze gelten, und sie gelten uneingeschränkt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie gelten nicht bloß für die SPD. Ich erkenne ausdrücklich an, dass den Vertretern der Brandenburger Linkspartei diese Passage im Koalitionsvertrag nicht etwa mühsam abgerungen werden musste. Nein, über diese Sätze bestand von Anfang an Konsens.

Am 2. Dezember 2000 - also fast auf den Tag genau vor neun Jahren - kam der Brandenburger PDS-Vordenker Prof. Michael Schumann bei einem tragischen Verkehrsunfall ums Leben. Prof. Schumann hatte seiner Partei schon im Dezember 1989 das Folgende ins Stammbuch geschrieben:

„Die in die Zukunft weisenden Konsequenzen aus der stalinistischen Vergangenheit der SED“ müssten „ihren Niederschlag finden ... in einem neuen kritischen Umgang mit unserer eigenen Geschichte, der frei ist von Apologetik, von Schönfärberei, einem Umgang, der nichts aus dieser Geschichte ausspart.“

Es war ebenfalls Michael Schumann, der als Mitglied dieses Landtages 1991 für seine Partei, die PDS, erklärte:

„Wenn jemand Informationen über Personen, die ihm im Vertrauen mitgeteilt wurden, an die Staatssicherheit überliefert hat, hat er Vertrauensbruch begangen.“

Seit 1991 gilt daher in der PDS bzw. in der Linkspartei der offizielle Beschluss, dass Mandatsträger verpflichtet sind, eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit offenzulegen, um Transparenz, Offenheit und einen klaren Umgang mit der eigenen Vergangenheit herzustellen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Koalition unter meiner Führung soll durch ihre Arbeit auch zur Versöhnung der Menschen im Land beitragen, die einander, wie wir es heute noch oft genug erleben, mit verbissener Härte begegnen. Ich bin gefragt worden: Was meinen Sie, Herr Platzeck, wenn Sie von Versöhnung sprechen? - Die Versöhnung, die ich meine, ist der Prozess, in dem wir Brandenburgerinnen und Brandenburger miteinander ins Reine kommen, damit wir unsere Kraft und unsere Debatten endlich darauf konzentrieren können, wie wir gemeinsam die Zukunft in unserem Land bewältigen und gestalten können.

Ich sage ganz klar: Zu diesem Prozess gehört auch - nur dann kann er überhaupt anlaufen -, dass man sich zu eigenem Fehlverhalten bekennt, dass man sich erklärt und tätige Reue an den Tag legt. Sonst funktioniert so etwas von Anfang an nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Dieser Prozess ist heute notwendiger denn je. Er ist auch deshalb so notwendig, weil wir in Deutschland gerade zwischen

Ost und West immer noch große Probleme damit haben, wirklich zueinander zu finden. Eben dieser Verständigungsprozess hat in den letzten Wochen erheblich Schaden genommen.

„Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung.“ An dieses viel zitierte jüdische Sprichwort haben sich jedenfalls die Führungsgremien der Brandenburger Linkspartei gehalten, auch bei schmerzhaften Konsequenzen bis hin zu dem eingeleiteten Ausschluss von Herrn Hoffmann, der heute Morgen seinen Austritt aus der Fraktion erklärt hat.

In vielen Gesprächen mit Vertretern der Linkspartei in den vergangenen Jahren, auch in den Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl habe ich immer wieder aufrichtiges und selbstkritisches Nachdenken über eigene biografische Irrwege, über eigene politische Fehlteile und individuelle Vergehen erlebt. Nur auf dieser Grundlage rigoroser Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte konnte die Koalition von SPD und Linkspartei in Brandenburg überhaupt zustande kommen. Allerdings muss ich nach den Ereignissen der letzten Wochen feststellen: Die innerhalb der PDS bereits vor zwei Jahrzehnten begonnene Aufarbeitung eigenen Fehlverhaltens zu Zeiten der DDR reichte in den Tiefen der Partei offensichtlich nicht so weit, wie ich selber optimistisch, vielleicht zu optimistisch, gemeint und gehofft hatte. Ich kann gut nachvollziehen, dass es Menschen gibt, die hinter dem Versagen der fraglichen Abgeordneten ein umfassenderes Versagen vermuten, nämlich das vermeintliche Versagen einer ganzen Partei, mit ihrer diktatorischen Vergangenheit ins Reine zu kommen.

Ich sage hier ganz klar: Mein Eindruck ist ein anderer. Hintergangen, getäuscht und geprellt sehe ich mich nicht von der Brandenburger Linkspartei, sondern von den hier genannten Abgeordneten, die diese Regeln so verletzt haben, dass großer Schaden angerichtet wurde. Ernüchtert, meine Damen und Herren, bin ich aber auch aus einem anderen Grund. Außerordentlich düftig erscheint mir in Teilen das Niveau der politischen Auseinandersetzung in den vergangenen Wochen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es ist meine tiefe Überzeugung, dass Menschen, die Verantwortung in der DDR getragen haben, die systemnah waren, die persönliche Schuld auf sich geladen haben, wie auch immer, das selbstverständliche Recht haben müssen, sich unter den Bedingungen der freiheitlichen Demokratie neu zu bewähren und Schuld abzutragen. Genau das macht unsere Gesellschaft überhaupt erst freiheitlich, dass Menschen die Chance haben, frühere Fehler wettzumachen, dass sie eine zweite Chance bekommen. Unabdingbare Voraussetzung - ich sage es noch einmal, weil es bei diesem Thema schnell zu Missverständnissen kommt - sind dabei wiederum Einsicht, Selbsterkenntnis und tätige Reue. Voraussetzung sind Offenheit und Bewährung. Entscheidend sind immer die konkreten Fälle.

Meine Damen und Herren! Wir haben hier in diesem Landtag vor einiger Zeit schon einmal darüber gesprochen. Ich akzeptiere nicht, dass diese zweite Chance, das Umdenken, das Neudenken, das Sichbewähren an bestimmte Parteimitgliedschaften gebunden ist, dass es einem Herrn Junghanns, der im August 1989 noch als hoher Funktionär der Bauernpartei die Mauer verteidigt hat, zugestanden wird, dass wir ganz selbstverständlich - und ich tue das - Herrn Goetz zugestehen, dass er umgedacht hat, nachdem er bis 1989 in der SED war, aber anderen nicht. Dieses Umdenken darf nicht an Parteimitglied-

schaften gebunden werden. Nicht, weil man in der CDU ist, ist man ein besserer Mensch, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Solche persönlichen Weiterentwicklungen verdienen hohen Respekt. Solche Entwicklungen müssen möglich sein, auch innerhalb einer demokratischen Linkspartei; denn nochmals: Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Deshalb sage ich mit aller Klarheit: Eine Atmosphäre, in der beispielsweise ein Bürger heute kein Landtagsabgeordneter sein könnte, nur weil er wie Zehntausende andere vor drei Jahrzehnten seinen Wehrdienst im Wachregiment „Dzierzynski“ abgeleistet hat, ein solches gesellschaftliches Klima will ich nicht, ein solches Klima lehne ich ab, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Völlig zu Recht hat der Theologe Richard Schröder schon vor etlichen Jahren erklärt:

„Wenn die Mitgliedschaft Jugendlicher im Wachregiment diese auch 13 Jahre später noch diskreditiert, wenn das schon Systemnähe ist, dann werden alle Katzen grau, dann können sich die Großen hinter den Kleinen verstecken.“

Soweit Richard Schröder, und Recht hat er.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich sage heute aus tiefer Überzeugung: Mir sind diejenigen Menschen, die sich zur Einsicht, zum Dazulernen, zur kritischen Selbstreflexion fähig erweisen, allemal lieber als die ganz fix, ganz schnell Gewendeten. Sie sind mir lieber, weil sie jedenfalls aufrichtiger sind. Aufrichtiger als diejenigen, die bis zum Schluss brav in der SED waren, dann mit dem Untergang der DDR ganz plötzlich den verbrecherischen Charakter des Regimes erkannt haben, bruchlos zum Beispiel die Ideologie des Neoliberalismus an die Stelle der Ideologie des Kommunismus setzten und heute unverfroren daherreden, als seien sie erst nach dem 9. November 1989 zur Welt gekommen. So geht Geschichtsbetrachtung nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Zuruf von der CDU)

- Sie brauchen sich noch nicht aufzuregen, Sie kriegen während meiner Rede noch genug Grund, sich aufzuregen.

Wir haben gerade erst monatelang und mit gutem Grund das 20. Jubiläum unserer Freiheitsrevolution vom Herbst 1989 gefeiert. Ich will Ihnen bei dieser Gelegenheit gerne zur Kenntnis bringen, was der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk, einer der gründlichsten Kenner dieser friedlichen Revolution, in knappen Sätzen zur Rolle der Ost-CDU in dieser Revolution von 1989 geschrieben hat:

„Die CDU hatte keine Führungskraft, die sich öffentlich profilierte. Später staunte aber die Öffentlichkeit, wie viele Reformkräfte sich dort geschickt getarnt hatten.“

(Beifall und Lachen bei SPD und DIE LINKE)

„Davon war im Herbst 1989 allerdings nichts zu spüren, war nichts zu hören. Ost-CDU und SED waren sich zum Verwechseln ähnlich.“

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir sollten uns, deshalb zitiere ich das hier, vor denen hüten, die heute ihr vergangenes Handeln und Nichthandeln verdrängen oder leugnen. Wir müssen uns aber ebenso in Acht nehmen vor denen, die heute Geschichte, biografische Brüche und biografische Fehlleistungen instrumentalisieren, nur um kurzfristig parteipolitisch Punkte zu machen. Kurzum: Wir sollten uns hüten vor Vereinfachern und Vereinfachungen. Das wird gesellschaftlichem Dasein nie gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Zur Sicherheit noch einmal: Ich bin weit davon entfernt, in der gegenwärtigen Auseinandersetzung Ursache und Wirkung zu verwechseln. Anlass für die Kontroverse, die wir heute hier miteinander führen, war das eklatante und nicht zu entschuldigende Fehlverhalten von Abgeordneten der Linkspartei. Aber was ebenfalls nicht geht, weil es unwürdig ist und den Ernst und die Komplexität der historischen Sachverhalte komplett verfehlt, ist eine Politik der Beliebigkeit einiger Mitglieder dieses Hauses, die die Linkspartei mal zum geläuterten demokratischen Partner erklären und dann wieder möglichst im Haftlingsanzug in Grund und Boden verdammen. So geht Auseinandersetzung nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es war Herr Dombrowski - er will dieses Zitat heute nicht mehr hören -, der 2006 dem „Tagesspiegel“ gesagt hat:

„Die PDS ist nicht mehr die SED. Die Bürger nehmen heute die PDS als normale Partei wahr, die mit anderen im Wettbewerb steht. Es bringt nichts mehr, ständig auf die Vergangenheit, die SED-Vergangenheit, zu verweisen ...“

Nach dieser Aussage wurde er gefragt, ob er sich ein Bündnis zwischen CDU und PDS auf Landesebene vorstellen könne. Daraufhin sagte Herr Dombrowski:

„Das ist für mich im Moment nicht vorstellbar - allerdings nicht wegen der SED-Vergangenheit, sondern wegen Unterschieden in zentralen Fragen.“

Das nenne ich Philistertum, das ist Pharisäertum, das ist Scheinheiligkeit, wie sie im Buche steht.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Da werden Dinge verwendet, wie man sie braucht und nur, wenn man sie braucht. Ich finde es unerhört, dass Sie so tun, als hätten Sie das nicht gesagt.

(Zuruf von der CDU)

Diese Partei wurde vor drei Jahren von denselben Menschen geführt und hatte dieselben Menschen in der Verantwortung wie heute. Sie haben das Zitat damals gebracht, ich weiß es. Es ging um die Oberbürgermeisterwahl in Cottbus. Sie haben sich

dafür gerechtfertigt, dass Sie mit einem gemeinsamen Kandidaten von der CDU und der PDS angetreten sind. Das meine ich mit Beliebigkeit in der politischen Argumentation, die uns bei der Aufarbeitung der Geschichte nicht voranbringt. Ganz im Gegenteil, sie schadet der Aufarbeitung, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Frau Wanka, wenn Sie sagen, jeder weitere Fall sei ein Platzzeck-Fall, dann sage ich: Ja! - Ich weiß, Sie haben es perfider gemeint. Aber ich sage ja, weil ich will, dass alle Fälle auf den Tisch kommen. Sie können gerne sagen: Das ist ein Platzzeck-Fall. - Ich will, dass alle Fälle, die es eventuell gibt, wirklich auf den Tisch kommen. Ich bin gespannt, wie Sie reagieren, falls es ein Fall sein sollte, der nicht in der linken Hälfte des Hauses verortet ist. Ich nehme das trotzdem an, weil ich möchte, dass wir ein Parlament haben, in dem sich die Abgeordneten in die Augen schauen können. Wir haben das in den vergangenen Legislaturen versäumt und müssen es nun nachholen. Das ist schmerzhaft, aber nötig.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wenn ich Ihre Argumentation höre, wenn Sie über Charakter reden, Herr Dombrowski, dann sprechen Sie anderen Menschen ab, dass sie sich ändern können. Das ist für Sie eine Charakterfrage. Ich habe in den Zeiten der Krise vor anderthalb Jahren über Ihren Charakter von ihren Parteimitgliedern gehört, und zwar von hochrangigen. Meine bürgerliche Erziehung verbietet mir, das hier zu gebrauchen. Wir haben uns damals übrigens sehr zurückgehalten, weil wir durchaus noch Anstand haben.

(Zuruf von der CDU)

Wenn Herr Schönbohm heute schreibt, dass den Ostdeutschen Anstand, Sitte und Moral fehlten, wenn Herr Schönbohm schreibt, dass die Ostdeutschen stilllos im Umgang miteinander seien, dann finde ich das komplett falsch. Ich frage mich aber, wie er darauf kommt. Ich glaube, er war zu lange Chef der CDU in Brandenburg. Da kommt man vielleicht zu genau solchen Einschätzungen.

(Lachen und Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich verstehe sehr gut, dass die Oppositionsparteien in diesem Hause darauf aus sind, der neuen Regierungskoalition das Leben möglichst schwerzumachen. Das ist auch ihre Aufgabe. Aber ich bitte Sie mit großem Ernst, dabei das geeignete Verhältnis von Mitteln und Zwecken nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Kollege Vogel, das beträchtliche Unwohlsein der Grünen-Fraktion angesichts der geradezu treibjagdartigen Auswüchse der vergangenen Tage habe ich sehr wohl zur Kenntnis genommen. Ihre Haltung deute ich als ein Zeichen großen politischen Anstandes und ernsthaften Interesses an einer sorgfältigen Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Dafür danke ich Ihnen ausdrücklich.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Brandenburg eine Politik mit Augenmaß. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes schuldig. Von den Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei erwarte ich ganz klar, dass sie ihre vergangenheitspolitischen Hausaufgaben zügig und sorgfältig zu Ende bringen.

Die Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsparteien bitte ich, die Kirche im Dorf zu lassen und auf den Teppich zurückzukommen. Wir alle gemeinsam - Regierungsparteien und Opposition - tragen Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Diese Verantwortung erschöpft sich nicht im Streit über die Vergangenheit. Die Aufarbeitung der Geschichte ist wichtig und beileibe nicht abgeschlossen, aber sie gibt uns auch noch keine hinreichenden Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass wir mit unserer Geschichte ins Reine kommen. Sie erwarten dies vor allem auch deshalb, damit wir unsere Köpfe umso freier haben für Fragen, von deren Beantwortung die Zukunft aller abhängt. Es sind nämlich die Fragen, wie wir allen Brandenburger Kindern und Jugendlichen in allen Landesteilen erstklassige Bildungs- und Lebenschancen ermöglichen, wie wir bestehende Arbeitsplätze sichern und qualifizierte neue Jobs in zukunftsfähigen Branchen ins Land holen, wie wir wirtschaftliche Erfolge und soziale Gerechtigkeit auf produktive Weise miteinander verbinden und nicht gegeneinander ausspielen, wie wir gezielte Investitionen in die Zukunft unseres Landes mit solider Haushaltsführung vereinbaren, wie wir langfristige Energiesicherheit mit ökologischer Vernunft in Einklang bringen und wie wir Weltoffenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft nachhaltig fördern und durchsetzen. Um diese Fragen muss es in Brandenburg so schnell wie möglich wieder gehen, sie vor allem sollten wir - gern auch in produktivem Streit - diskutieren. Letztlich sind es diese Herausforderungen, von deren Bewältigung das Schicksal unserer Kinder und Enkel im Lande abhängt.

Wir werden diese Herausforderungen allerdings nur dann bewältigen können, wenn verdrängte Vergangenheit nicht immer wieder Gegenwart und Zukunft mit Beschlag belegt. Genau das geschieht aber gerade dort, wo man über das historisch Gewesene nicht ehrlich Rechenschaft ablegt. Wir erleben das in diesen Wochen. Deshalb ist diese Debatte, die wir heute und in den nächsten Monaten führen, so wichtig. Wir sollten sie gründlich und ehrlich bis zum Ende führen, auch wenn es hin und wieder ein bitteres sein kann. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Redebeitrag der CDU-Fraktion fort. Es spricht die Abgeordnete Prof. Dr. Wanka.

Frau Prof. Dr. Wanka (CDU): *

Herr Landtagspräsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Es wurde gerade Richard Schröder zitiert. Auch ich würde ihn gern an dieser Stelle erwähnen. Richard Schröder hat gesagt: „Jede halbe Wahrheit ist

immer noch eine Lüge!“, und davon habe ich soeben eine Menge gehört.

(Beifall CDU und FDP - Genilke [CDU]: Klasse!)

1986 - Beginn von Glasnost - waren mein Mann und ich Assistenten an einer Technischen Hochschule und wurden damals von der Parteiführung der Fakultät eingeteilt, während der „Roten Woche“ ein Seminar zu halten. Das war unüblich. Solche wie wir übernahmen so etwas normalerweise nicht, sondern das machten die Genossen oder die Nicht-Genossen, die 100%ig waren.

Das hat uns große Probleme bereitet, aber absagen konnten wir nicht; denn einer war der Vertreter des anderen. Deshalb haben wir uns sehr damit gequält, was wir in dieser Veranstaltung, die für die Studenten der Mathematik des dritten bis fünften Studienjahres gedacht war, machen sollten. Diese Studenten konnten uns aus Fachvorlesungen und hatten eine Meinung von uns. Insofern konnten wir dort nicht einfach irgendetwas erzählen.

Schließlich hielten wir ein Seminar ab, in dem es zum Beispiel um die Stationierung von SS-20 ging und darum, was man davon zu halten hatte. Wir gestalteten ein Seminar, in dem wir - 1986! - diskutierten, was wir von Wehrkundeunterricht hielten, der überall in den Schulen flächendeckend eingeführt worden war. Das hatte natürlich Konsequenzen: Es gab einen Aufschrei, einen Skandal. Später habe ich bemerkt: Die entsprechenden Faxen gingen wegen zweier „kleiner Lichter“ - bis Berlin.

Dann passierte etwas, was vielleicht nicht leicht zu beschreiben ist. Es setzte ein Prozess der Ächtung ein. Kollegen, mit denen wir zwölf Jahre zusammengearbeitet hatten, waren nicht mehr bereit, mit uns gemeinsam zu frühstücken. In der Mensa gab es während des Mittags immer eine große Fläche um uns, wo niemand saß. In dieser Zeit haben wenige zu uns gehalten, was ich mir gemerkt habe. Einer der wenigen war ein SED-Genosse, der sogar mehrere Jahre Parteisekretär dieser Fakultät gewesen war.

Ein anderes Beispiel, das nicht sehr viel später war - ein halbes oder Dreivierteljahr, ich weiß es nicht mehr - betrifft eine langjährige Arbeitskollegin - stramm SED, aus Überzeugung und von einer gewissen Naivität. Der Mann war Parteisekretär an einer anderen Fakultät, auf Karriere bedacht. Ich kannte sie seit langem; unsere Jungs gingen in eine Klasse, und wir wohnten in einem Haus. Diese Kollegin informierte mich, dass sie zur Hochschulleitung bestellt worden war und dort zwei oder drei Stasimitarbeiter saßen, die sie ausführlich nach uns befragten. Sie musste natürlich unterschreiben, dass sie niemandem etwas darüber sagt - niemandem! Dennoch ist sie zu mir gekommen, hat mir das gesagt und ist damit ein Risiko eingegangen.

Als wir in den 90er Jahren nach Berlin fuhren - unsere Stasiakte befand sich in der Normannenstraße; wir hofften die ganze Zeit, dass keiner der Freunde dabei gewesen sei -, konnten wir die Akte lesen. Dort befand sich - das hätte man 1986 nie gedacht - das Protokoll der Vernehmung der Arbeitskollegin. Einer der beglückenden Momente bei mir war, dass jedes Wort stimmte und dass man deutlich merkte, wie sie versucht hatte, uns zu schützen.

Deswegen, Herr Ministerpräsident, sage ich hier ganz deutlich: Ich bin in der Lage, differenziert zu beurteilen und nicht pau-

schal zu verurteilen - nicht so, wie Sie es versucht haben, was billig war. Ich brauche auch nicht die Neugründung der SPD zu diffamieren; ich weiß, dass dort Ibrahim Böhme und andere dabei waren. Das, meine Damen und Herren, habe ich hier nicht nötig.

(Beifall CDU sowie des Abgeordneten Tomczak [FDP])

Für mich gibt es verschiedene Kategorien bei der Bewertung der Vergangenheit. Es gibt beispielsweise diejenigen, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen und für die unterschiedlichsten Gegenleistungen bereit erklärt haben, ihre Nachbarn, ihre Freunde und ihre Verwandten zu bespitzeln oder zu verraten. Dann gibt es diejenigen, die das nicht getan haben und auch nie getan hätten, für keine Gegenleistung, unter keinen Umständen, für kein Gegengeschäft. Nur das ist bei mir die Trennlinie zwischen denjenigen, die anständig und aufrichtig waren und Charakter hatten, und den anderen, die das Gegenteil waren.

Heute weiß ich: Viele hier im Raum haben sich für den anständigen Weg entschieden. Die Stasi - das waren nicht viele, aber was hat dieses 1 % der Bevölkerung erreicht? Das Schlimmste, was sie erreichen konnten und erreicht haben, war Misstrauen. Fehlendes Vertrauen zerstört die Basis jeder Gesellschaft. Insofern kann ich nur lachen, wenn ich hier Beiträge über das DDR-Bildungssystem höre. Die Basis war Misstrauen durch das, was die Staatssicherheit angerichtet hat.

Wer als Hauptamtlicher oder als Freiwilliger bei der Stasi gearbeitet hat, hat dies freiwillig getan. Er hat davon profitiert, hat davon in völlig unterschiedlicher Art und Weise etwas gehabt. Ich weiß es nicht genau, aber es kann mal Geld gewesen sein, ganz wichtig - ein Studienplatz, den man sonst nicht bekommen hätte. Oder man war eine Weile im Ausland und machte eine steile Karriere. Wir anderen waren hinter der Mauer, ein Mitarbeiter der Stasi durfte vielleicht ein Weilchen nach Westberlin oder woandershin.

In Brandenburg geht es seit einigen Wochen nur um diese Menschen. Ich glaube, auch heute - außer dem plakativen Satz zu Beginn - nichts zu den Opfern gehört zu haben. Ich habe nichts gehört.

(Beifall CDU und FDP)

Was ist denn mit denjenigen Jugendlichen, die zu DDR-Zeiten im jugendlichen Alter etwas Dummes gesagt haben und dafür ihr Leben lang büßen müssen? Was ist denn mit den jungen Menschen, die zum Beispiel sportlich oder wissenschaftlich begabt waren und keine Chance erhielten, weil sie in der evangelischen Studentengemeinde waren? Sie hatten keine Möglichkeit zu Promotion und Karriere. Was ist mit denjenigen, denen die Kinder weggenommen wurden, oder gar mit denen, die versucht haben, ein bisschen Freiheit zu bekommen?

Das, was mir durchgängig fehlt, sind Worte an die Opfer, Reue für das, was passiert ist, ein Prozess des Entschuldigens. Nein, im Mittelpunkt auch der heutigen Sitzung und im Mittelpunkt der Diskussionen bei der Linkspartei in den letzten Tagen stehen immer nur das eigene Ego, die Bedingungen für die Enttarnten und die eventuellen persönlichen Folgen.

Ich glaube, das Muster der Beschäftigung mit dieser Vergangenheit läuft immer nach demselben Schema: Solange es keine

Anhaltspunkte gibt, wird gar nichts gesagt. Wird dann ein Verdacht geäußert, wird geleugnet oder gelogen. Gibt es Beweise, hat man Schwierigkeiten, sich zu erinnern. Zum Schluss ist alles gar nicht so schlimm gewesen - weil man jung war, weil man stets darüber geredet hatte und weil man immer irgendeinem schon einmal etwas gesagt hatte. Ich denke, dieser Landtag ist keine Selbsthilfegruppe,

(Beifall CDU, FDP sowie der Abgeordneten Niels [GRÜNE/B90])

die den Tätern dazu verhilft, vor den Augen der Öffentlichkeit ihre Erinnerungslücken zu schließen, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten und sich zu ihr zu bekennen.

Der Schaden, der durch diesen Prozess angerichtet wurde, ist unvorstellbar groß. Die Enthüllungen der letzten Tage - auch die Art und Weise der Diskussion darüber - beschädigen die Glaubwürdigkeit der Politiker und das Vertrauen der Menschen in die gewählten Politiker, wovon wir alle betroffen sind.

Wer der Stasi etwas erzählte oder anvertraute, der wusste, dass er immer Vertrauen missbraucht, dass er Lebenswege beeinflusst. Niemand aus dem Westen kann sich vorstellen, durch welche lapidaren Dinge, die bei der Stasi landeten, Lebenswege maßgeblich beeinflusst wurden. Das Weitergeben von Informationen an die Stasi war ein Missbrauch des Vertrauens. Das gilt für mich völlig unabhängig davon, ob irgendeine Verpflichtungsermächtigung unterschrieben wurde, handschriftlich oder in anderer Form. Die Frage des Wie ist mir egal, mich interessiert das Ob. Niemand, der in der DDR gelebt hat, kann erklären, dass er das nicht gewusst habe.

Ich habe als Rektorin und vorher als Mitarbeiterin der Personalkommission in der Kreisverwaltung über Stasifälle entscheiden dürfen, können, müssen. Ich habe bis zum heutigen Tag keinen einzigen ehemaligen IM getroffen, der anderen geschadet hat. Diese Haltung ist sehr deutlich. Seit Wochen wird nun von der SPD versucht - wir haben es gerade wieder erlebt -, die IM in zwei Kategorien einzuteilen. Da sind zum einen diejenigen, die irgendwann enttarnt wurden und nun plötzlich offen damit umgehen; das müssen sie ja, davon reden. Dann sind da die anderen, die sich viele Jahre durchgemogelt und weggeduckt haben und die jetzt - vor allem durch die Presse, nicht durch die CDU - enttarnt wurden.

(Wichmann [CDU]: Ja!)

Das sind die Schlechten, die - zum Teil auch von der eigenen Partei - in heuchlerischer Weise vorgeführt werden.

(Beifall CDU und FDP)

Der Ministerpräsident hat den Umgang der Linksfraktion mit der Thematik angesprochen und auf die Sondierungen, die Koalitionsgespräche und die tolle Präambel des Vertrags verwiesen. In diesem Zusammenhang ist immer wieder zu hören: Das sind diejenigen, die sich bekannt haben. Das muss man akzeptieren. Reue muss möglich sein. - Natürlich ist das alles möglich. Wenn ich aber in die „Berliner Zeitung“ von 1994 schaue, lese ich dort, Frau Kaiser habe für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet, dies aber - entgegen den Parteitagebschlüssen - nicht vor ihrer Wahl zur stellvertretenden Parteivorsitzenden offengelegt. Dieselbe Frau Kaiser hat noch vor zwei,

drei Tagen im Fernsehen gesagt, sie sei nicht enttarnt worden, bei ihr sei das freiwillig gewesen.

Frau Kaiser, Sie sollten an Ihre eigenen Worte von vor wenigen Wochen - noch vor IM „Schwalbe“ und IM „Marisa“ - erinnert werden:

„Aufrichtigkeit und Offenheit jedes Einzelnen in Bezug auf seine politische Biografie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit unserer gesamten Politik. Wer überzeugend für Transparenz in der Gesellschaft streiten will, muss sie in den eigenen Reihen praktizieren.“

(Beifall CDU)

An dieser Stelle kann ich nur sagen: Sie können kein Vertrauen erwarten, auch oder gerade weil Sie dieses Wort - mir kommt es schon manchmal hoch - inflationär verwenden. Niemand weiß, was in den nächsten Wochen oder in einem halben Jahr noch passieren wird. Niemand weiß, wer geschwiegen hat und noch hochgeht. Brandenburg hat sich in den vergangenen Wochen bundesweit zum Gespött gemacht. Solche Phasen hatten wir schon. Ich denke an unsere geplatzten Großprojekte und erinnere daran, wie lange sich der Lausitzring, die Chipfabrik und anderes durch die Presse zogen.

(Dr. Woidke [SPD]: War das nicht Fürniß?)

Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel Mühe darauf verwendet, dieses Image zu verändern und klarzumachen, dass Brandenburg ein lebenswertes, wettbewerbsfähiges Land ist. Und jetzt? Jetzt werden wir bundesweit immer nur als „Stasiland“ und im Zusammenhang mit Enttarnungen wahrgenommen. „IM unterschreiben den Koalitionsvertrag und sitzen in der Regierung“ - das ist das Thema. Diese bundesweite Diskussion gefährdet das, was wir, was die Brandenburgerinnen und Brandenburger in den vergangenen 20 Jahren geschafft haben.

(Bischoff [SPD]: Sie heucheln jetzt!)

Ich glaube, das hat dieses Land nicht verdient.

(Beifall CDU und FDP - Bischoff [SPD]: Sehr geheuchelt!)

Der Ministerpräsident sprach davon, er wolle diesen Prozess antreiben und begleiten. Ich stelle fest: Er war abgetaucht und eine ganze Zeit lang überhaupt nicht erkennbar. Wir vonseiten der Opposition mussten versuchen, einen gewissen Druck auszuüben, um wenigstens zu erfahren, was er denn nun darüber denkt und wie er es bewertet.

In der Präambel des Koalitionsvertrags ist von „offenem und kritischem Umgang mit der Vergangenheit“ die Rede. Darauf sind wir soeben noch einmal hingewiesen worden. Die Aussage ist sehr wichtig. Im 20. Jahr nach der friedlichen Revolution kann man kein Rot-Rot-Bündnis schließen, ohne sich dazu zu positionieren. Das ist völlig klar.

Ich hatte von Anfang an nicht viel darauf gegeben - Entschuldigung! -, aber gedacht: Wenigstens hilft es uns ein bisschen, dafür zu sorgen, im Landtag zu einem anderen Umgang mit der Vergangenheit zu kommen, als wir ihn in den vergangenen

neun Jahren erleben mussten. Wir mussten erleben, wie die DDR verklärt und wie auf die jetzige Gesellschaft, die Demokratie, gehetzt wurde. Dass sich die Aussage in der Präambel auf das reduzieren würde, was Herr Ness gestern bemerkte - alles sei ganz toll; der Koalitionsvertrag werde erfüllt, weil man sich mit den Stasiverstrickungen beschäftige -, hätte ich wirklich nicht gedacht.

(Beifall CDU und FDP)

Was die angebliche Offenheit angeht, will ich hier deutlich festhalten: Kein einziger hat sich freiwillig geoutet, kein einziger!

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Das ist entscheidend. Nichts ist es mit Freiwilligkeit und Offenheit, in keinem einzigen Fall, auch wenn das Ausmaß dessen, was man verschwiegen hat, sehr unterschiedlich ist; das gestehe ich gern zu.

Und der kritische Umgang mit der eigenen Vergangenheit? Herr Platzeck hat den Beschluss der Linken von Anfang der 90er Jahre noch einmal vorgelesen. Ja, meine Güte, dann halten Sie sich doch daran!

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Ich finde es völlig inkonsequent, wie an dieser Stelle - das haben wir jetzt mehrfach gehört - argumentiert wird: Frau Adolph und Herr Hoffmann - ganz schlimm, die Sündenböcke! Frau Stobrawa - kein Satz. Der Fall hat sich aus Opferakten ergeben!

(Beifall GRÜNE/B90)

Ich denke, der Mandatsverzicht ist hier das Mindeste, was man erwarten kann.

(Beifall CDU und FDP)

Nun wird gesagt, die Koalition treibe den Prozess der Aufklärung voran. Wenn hier durch irgendjemanden etwas vorangetrieben wurde, dann durch die Presse!

(Beifall CDU, FDP sowie GRÜNE/B90)

Ich erinnere auch an die erste Landtagssitzung, in der wir als CDU einen Antrag einbrachten - es gab mehrere Anträge -, der nur darauf zielte, dass sich jeder von uns bzw. von Ihnen freiwillig überprüfen lässt. In der Abstimmung über diesen Antrag haben Sie allesamt - ganz offen und kritisch - dagegen gestimmt.

(Beifall CDU und FDP)

Das Argument lautete damals: Das haben wir schon beschlossen, das machen die Fraktionen selbstständig, das brauchen wir nicht. - Ich kann definitiv sagen: Bis zum gestrigen Tag waren bei der BIRTHLER-Behörde mit dem Ziel der Selbstüberprüfung 19 Anträge der CDU-Fraktion, fünf Anträge der Grünen-Fraktion und sieben Anträge der FDP-Fraktion des Landtags eingereicht. Herr Dr. Woidke und Frau Kaiser, hier und heute würde ich von Ihnen gern wissen: Wie viele Anträge aus Ihren Frak-

tionen sind definitiv bei der BIRTHLER-Behörde eingegangen? Ich würde das auch gern überprüfen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wo sind wir denn hier gerade?)

Wenn Herr Platzeck sagt, das alles hätte nicht eintreten müssen oder dürfen und das hätte etwas mit dem Umgang miteinander in Brandenburg zu tun, dann hat das auch etwas mit seiner eigenen Rolle zu tun. 1995 war es eine SPD-Alleinregierung, die beschlossen hat, es ganz anders zu machen als in den anderen Bundesländern und im öffentlichen Dienst weit weg von den Kriterien zu gehen, die anderswo Anwendung fanden. Wollen Sie noch einmal die damalige Begründung für diese Entscheidung hören? In dem entsprechenden Bericht der Landesregierung hieß es dazu, man wolle damit „dem inzwischen vorangeschrittenen Prozess des Aufarbeitens“ - der Vergangenheit - „und des Zusammenwachsens Rechnung tragen“. - Klingt auch nach Versöhnung.

(Lachen und Beifall CDU, FDP sowie GRÜNE/B90)

Wenn der Ministerpräsident vor wenigen Wochen der „Berliner Zeitung“ zu Rot-Rot gesagt hat - es geht heute nicht pauschal um Rot-Rot -, hier in Brandenburg passiere nichts Unerhörtes, dann muss ich sagen: Genau das ist hier in Brandenburg passiert.

Herr Ness sprach von einem „schmerzlichen Prozess“. Warum muss den eigentlich ganz Brandenburg durchmachen?

(Beifall CDU und FDP)

Dieser schmerzliche Prozess sei notwendig - hören Sie zu! -, damit diese Regierung zum Arbeiten komme. Ich frage mich: Wann? Im Frühjahr, wenn vielleicht alle Bescheide von der BIRTHLER-Behörde da sind? Aber nein, darüber muss ja jede Fraktion selbst befinden, und das dauert lange. Wir haben - darin stimme ich mit dem Ministerpräsidenten überein - ganz andere Probleme, als uns über Wochen oder gar Monate durch diese Fragen zu lähmen. Es darf deshalb kein Aufschieben und kein Aussitzen mehr geben. Es muss Schluss sein mit den leidigen Versuchen zu differenzieren und darauf zu warten, ob und wann der nächste Fall auftaucht.

Zu Ihrer Verantwortung, Herr Platzeck: Sie sind Ministerpräsident und tragen damit herausgehobene Verantwortung. Sie haben sich bewusst für diese Koalition entschieden. Das ist Ihr gutes Recht. Über die Gründe müssen wir hier nicht diskutieren. Aber Sie haben Verantwortung für das Land. Diese Verantwortung gebietet es, nicht tagelang stumm zuzuschauen, sondern heute und hier deutlich zu sagen, wie wir, wie Sie aus diesem politischen Dilemma herauskommen wollen. Das hätten wir heute von Ihnen erwartet.

(Beifall CDU, FDP sowie GRÜNE/B90)

Das Ablenken und das pauschale Diffamieren gerade unserer Seite helfen dabei überhaupt nicht. Herr Platzeck muss jetzt entscheiden und darf nicht ständig auf die Linke zeigen.

Meine Damen und Herren, auch wenn sich mancher heute und hier sehr wichtig vorkommt: Es geht nicht um die SPD, nicht

um die Linke, nicht um die tolle Präambel, sondern in diesem Haus geht es immer um das Ansehen Brandenburgs. Deshalb: Handeln Sie!

(Lebhafter Beifall CDU - Beifall FDP und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Zur Information der Fraktionen: Die Redezeit des Ministerpräsidenten betrug 27 Minuten und 2 Sekunden.

Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Es spricht der Abgeordnete Dr. Woidke.

Dr. Woidke (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die heutige Debatte in diesem Hohen Haus begrüße ich außerordentlich. Die Diskussionen der vergangenen Tage haben gezeigt, wie wichtig und auch wie nötig Debatten über die Vergangenheit sind. Doch bei Debatten über die Geschichte müssen wir immer zwei Aspekte im Blick behalten:

Erstens sind Maß und Mitte notwendig. Geschichtsdebatten dürfen nicht zu Verfolgungsjagden werden. Sie dürfen auch nicht politisch instrumentalisiert werden, weil sonst eine vernünftige Aufarbeitung und eine faire Diskussion nicht möglich sind.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Zweitens: Unsere Geschichte darf Gegenwart und Zukunft nicht dominieren. Es muss immer noch möglich sein, über die Probleme des Jetzt und des Morgen vernünftig zu reden und dementsprechend zu handeln. Aufarbeitung muss sein, aber wer Aufarbeitung politisch instrumentalisiert, verhindert sie. Das sollte allen bewusst sein.

Offene Debatten über die Vergangenheit und über Schuld sind nur in einer offenen Gesellschaft möglich. Wer nicht mit offenem Visier kämpft, hat keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft.

Meine Fraktion - das will ich ausdrücklich betonen - erkennt an, wie intensiv die Führung der Linksfraktion versucht hat und versucht, den Geist der Präambel des Koalitionsvertrages, auf die der Ministerpräsident heute schon verwiesen hat, umzusetzen.

Ich will selbstkritisch anmerken, dass wir in der SPD gedacht hatten, die Linkspartei wäre mit diesem Teil der Aufarbeitung ihrer Geschichte weiter. Doch zu den Voraussetzungen von Aufarbeitung gehört die offene Beteiligung jedes Einzelnen. Auch einer Partei sind die Hände gebunden, wenn Einzelne meinen, sich nicht zu erinnern, sich nicht erinnern zu wollen oder sich nicht erinnern zu müssen. Mein Eindruck ist, dass in der Linksfraktion jetzt ein Prozess stattfindet, der durchaus schmerzhaft - über Schmerzen werde ich nachher noch ein paar Worte sagen -, aber nichtsdestotrotz notwendig ist. Ich bin davon überzeugt: Er wird am Ende auch heilsam sein - nicht nur für die Linksfraktion im Landtag, sondern auch für die Demokratie in Brandenburg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr deutlich will ich mich jedoch gegen die Art und Weise der öffentlichen Debatte in den vergangenen Wochen verhalten. Sie hinterließ bisweilen den Eindruck einer Treibjagd. So kann man mit Menschen - unabhängig davon, ob Täter oder Opfer - nicht umgehen.

Mit dieser Art der öffentlichen Debatte wird man auch dem Leben in der DDR in keiner Weise gerecht. Das Leben in der DDR war eben nicht nur schwarz und nur weiß. Es bestand aus vielen alltäglichen Kompromissen, manchmal eben auch aus Glücksfällen oder aus Unglücksfällen. Mein Kollege Schippel hat in unserer Fraktion über seine Zeit bei den Grenztruppen der DDR berichtet. Nach jedem Dienst an der Grenze fiel er ins Bett und war heilfroh, dass auch in jener Nacht wieder nichts passiert war, dass er nicht vor der Entscheidung stand, abdrücken zu müssen. Er hat gewissermaßen Glück gehabt.

Ähnlich ging es mir persönlich. Ich bin Ende der 70er Jahre im hohen Bogen und mit der klaren Ansage aus dem Wehrkreis-kommando geflogen: Wenn du dich nicht für 25 Jahre verpflichtest, ziehen wir Dich erst mit 25. Du darfst nicht studieren. - Zu meinem Glück war mir damals das Studium scheiß-egal. Mit 16, 17 Jahren hatte ich - im Gegensatz zu meinen Eltern, denen das nicht so egal war - noch andere Vorstellungen. Drei Wochen später hatte ich die berühmte, den Männern mit DDR-Biografie bekannte Musterungskarte wieder im Briefkasten und dachte: Eigentlich ist doch alles klar. Sie ziehen dich erst mit 25. - Ich musste aber wieder hinfahren.

Dort saß ein netter Mann in Zivil und sagte zu mir: „Dietmar, hör mal, beim Wehrkreiskommando in Forst gibt es nur ‚Bekloppte‘, können wir nicht mal reden? Wir suchen Leute wie dich, großgewachsen und durchtrainiert, die die Botschaften in Berlin bewachen.“ In diesem Gespräch fielen nicht ein einziges Mal der Begriff „Staatssicherheit“ oder der Name Feliks Dzierzynski. Ich habe damals Glück gehabt; aus unerfindlichen Gründen - ich weiß es bis heute nicht - musste ich nichts unterschreiben. Im Hinblick auf die finanziellen Aussichten für drei Jahre Armeedienst - so kam es zumindest rüber - hätte ich eventuell schwachwerden können. Wenn ich mir das in Erinnerung rufe, kann ich nicht mehr so leichtfertig hingehen und mit dem Finger auf andere Leute zeigen.

Ein ehemaliger Kommilitone von mir hat sich mir nach der Wende offenbart. Er gestand mir, IM gewesen zu sein. IM sei er deshalb geworden, weil er während seines Armeedienstes aus Versehen einen Kameraden erschossen habe. Daraufhin sei die Militärstaatsanwaltschaft der DDR auf ihn zugekommen - vielleicht auch noch einige andere Kollegen - und habe gesagt: Entweder gehst du 10 Jahre in den Militärknast Schwedt, oder du unterschreibst die Verpflichtungserklärung und kannst Veterinärmedizin studieren.

Ich will damit sagen, dass andere nicht so viel Glück hatten, einige erpresst wurden und einigen gedroht wurde. Ich weiß nicht, wie ich in einer solchen Situation, vor der mein Kommilitone damals stand, reagiert hätte. Wenn wir ehrlich sind, dann weiß das hier wohl keiner von sich so ganz genau.

(Frau Dr. Ludwig [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Ich will mit diesen Beispielen in keiner Weise irgendetwas entschuldigen oder verharmlosen - Frau Dr. Ludwig, Sie werden

sich nachher wahrscheinlich auf die Gnade der späten Geburt berufen -, sondern ganz im Gegenteil! Ich möchte, dass wir ehrlich miteinander umgehen und diese Debatte in diesem Hohen Hause in einem Klima der Offenheit und des Verständnisses für Biografien in der DDR führen.

(Beifall SPD - Senftleben [CDU]: Nach Enttarnungen!)

Dabei dürfen wir nicht so tun, als habe das Leben in der DDR nur aus der Staatssicherheit und ihren inoffiziellen Mitarbeitern bestanden. Die DDR war weit mehr als das. Wer das Leben in der DDR auf die Stasi reduziert, geht dem Zentralkomitee von 1989 auf den Leim, das damals beschlossen hat: Wir wollen die Stasi als Sündenbock gebrauchen, damit wir selbst besser wegkommen. - Diese Interpretation hat sich in den vergangenen Jahren leider durchgesetzt.

Ich habe den Eindruck, dass das „Stasisyndrom“ jetzt als Blitzableiter für alles hergenommen wird, was Sie mit dem Thema „Bewältigung von 40 Jahren DDR“ in Zusammenhang bringen wollen. War die Stasi in Wirklichkeit nicht eher ein Instrument, das sich ganz andere, nämlich intellektuell begabte Täter - die Haupttäter - geschaffen haben? Müssten wir uns nicht vielmehr mit diesen Tätern beschäftigen?

Ich habe mich für einen Abgeordneten unseres Landtages ausgesprochen und darum gebeten, man möge ihm Gerechtigkeit und Fairness angedeihen lassen. Ich hatte dabei im Blick, dass jeder, der sich gegen einen solchen Vorwurf wehren muss, die Chance erhalten muss, sich der sozialen Liquidierung seiner Selbst und der seiner Familie entgegenzustellen. Dieses Entgegenstellen hat jeder Abgeordnete in diesem Hause verdient.

Diese Worte stammen nicht von mir, ich habe sie dem Protokoll des Landtages Brandenburg aus dem Jahr 1991 entnommen. Gesagt wurden sie von dieser Stelle aus vom Fraktionsvorsitzenden der CDU Peter-Michael Diestel. Ich meine, seine Worte waren damals und sind auch heute richtig. Wenn wir wollen, dass die DDR-Diktatur tatsächlich aufgearbeitet wird und unsere Kinder erfahren, wie es zu einer menschenfeindlichen Bespitzelung und einem System der Angst kommen konnte, dann müssen wir unsere DDR-Biografien erzählen. Wir müssen darüber reden. Es ist gut, wenn wir erfahren, wie ein Mensch dazu gebracht werden konnte, über seine Mitmenschen, Freunde und teilweise sogar den Ehepartner geheime Berichte zu schreiben. Wir müssen einander zuhören, erst dann kann man bewerten. Aus tiefster Überzeugung rufe ich Sie und die Brandenburgerinnen und Brandenburger auf, über ihre DDR-Biografien, über ihre schwierige Vergangenheit und auch über persönliche Fehler zu reden. Hören wir einander wieder zu!

Historische und politische Aufarbeitung ist zugleich auch Bewahrung unserer Geschichte. Daran haben wir alle ein gemeinsames Interesse. Dazu gehört, dass wir miteinander diskutieren, statt gegeneinander zu agieren. Zu einer ernsthaften historischen Aufarbeitung gehört aber auch, dass man nicht parteipolitische Süppchen kocht. Dazu ist die Problematik viel zu schwierig.

(Senftleben [CDU]: Sind wir jetzt vielleicht schuld?)

Ich kann verstehen, dass manch einer in der Opposition die Regierungsbildung in Brandenburg nicht gutheißt. Das ist ihr gutes Recht und vielleicht sogar auch ihre oberste Pflicht. Aber

manches, was man an schrillen Tönen gehört hat, war doch sehr verstörend. Im Sinne des Landes sollten Sie den Ton und die politische Kultur im Land Brandenburg nicht weiter vergiften. Wenn Frau Wanka gerade über die Negativberichterstattung über Brandenburg in Brandenburg und darüber hinaus geredet hat, so entgegne ich: Die SPD-Fraktion ist in dieser Hinsicht von ihrem Koalitionspartner Ärger gewöhnt. Dabei muss ich nicht einmal allzu weit in die Vergangenheit blicken; die Koalition mit der CDU war für uns nicht immer schmerzfrei. Mir fallen die Namen Hackel, Schelter und Fürniß sowie angesichts einiger schwer verdaulicher Aussagen auch der Name Schönbohm ein. Wir sind Ärger mit Koalitionspartnern gewöhnt, und das gibt uns insofern eine gewisse Gelassenheit.

(Beifall SPD - Senftleben [CDU]: Na, das ist ja wirklich ein wunderbarer Vergleich!)

Sehr geehrte Frau Wanka, Sie haben vorhin Richard Schröder, den ich sehr schätze, zitiert: Jede halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge. - Sie haben darauf hingewiesen, dass weitere Aufarbeitung dringend nötig sei. Genauso richtig ist es, dass auch die CDU diese Aufarbeitung dringend nötig hat.

(Beifall der Abgeordneten Frau Hackenschmidt und Frau Melior [SPD])

Ich möchte an den CDU-Parteitag am 2. Dezember 2008 - fast auf den Tag genau vor einem Jahr - in Stuttgart erinnern. Einige von Ihnen waren sicherlich dabei, zumindest waren sie körperlich anwesend. Auf diesem Parteitag wollten sich die Christdemokraten mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzen. Es gab sogar einen Antragsentwurf mit dem Titel: „Geteilt, vereint, gemeinsam“. Darin hat sich CDU von der Linkspartei und auch von der SPD abgegrenzt. Der SPD wurde unter anderem der Vorwurf gemacht, sie habe mit dem SED-Regime gemeinsame Wertevorstellungen entwickelt. Das müssen Sie mir noch genauer erklären, das kann ich nicht nachvollziehen. 20 Jahre nach dem Ende der DDR dürfe es - so der Tenor des Antrags - kein Vergessen und Verdrängen geben. Vergessen und Verdrängen gibt es, und zwar auch und gerade bei der CDU. Noch heute will die Führung der CDU, auch hier in Brandenburg, nicht zugeben, dass die Ost-CDU gewichtiger Teil und starke Stütze des SED-Systems gewesen ist.

Der eben erwähnte Entwurf für den Parteitag zur Rolle der Ost-CDU enthielt zunächst nicht einen einzigen kritischen Satz, kein einziges selbstkritisches Wort über die Rolle der Block-CDU in der DDR. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer hielt es nicht mehr aus und intervenierte schon im Vorfeld der Debatte mit den Worten: Es kann doch nicht sein, dass die CDU die einzige Partei ist, die nicht weiß, dass es eine Ost-CDU gab.

(Lachen bei der SPD)

In der Parteitagsdebatte zur Aufarbeitung der Rolle der Ost-CDU in der DDR gab es eine einzige Wortmeldung. In diesem Wortbeitrag findet der Berliner Delegierte Fritz Niedergesäß Worte, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen: Die CDU - so Niedergesäß - werde sich im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Ost-CDU „nicht beschmuddeln lassen“. Die CDU habe doch zu DDR-Zeiten lediglich Postminister gestellt und sei nie an die Schaltstellen der Macht vorgedrungen. - Frau Wanka, jede halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die sicherlich nicht der bolschewistischen Unterwanderung verdächtige Zeitung „Die Welt“ hat dazu konstatiert:

„In diesem Moment klingt die große stolze CDU wie die kleine uneinsichtige PDS nach der Wende.“

(Beifall des Abgeordneten Schulze [SPD])

Sehr geehrte Frau Wanka, wo waren Sie bei dieser Debatte vor einem Jahr? Wo haben Sie Aufklärung auch in Ihrer Partei gefordert? Wo waren die markigen Worte, die Sie in Richtung anderer von sich gegeben haben?

(Homeyer [CDU]: Mein Gott, Walter! - Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Armselig!)

Im Protokoll des CDU-Parteitages sind sie jedenfalls nicht zu finden. Von niemandem aus der CDU Brandenburg findet sich eine Spur in diesem Protokoll. Mein Eindruck ist: Ihnen geht es weder um Aufklärung noch um Aufarbeitung, Sie wollen weiter spalten. Gehen Sie in Ihren eigenen Keller und schalten Sie das Licht an!

(Beifall SPD)

Wahrscheinlich werden Sie einen Schreck bekommen. Sie werden Leichen finden. Aber ich kann Ihnen sagen: Danach wird es Ihnen besser gehen.

(Lachen bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der 27-seitige CDU-Leitantrag, der übrigens erst am Ende des Parteitags beraten worden ist, wurde schließlich durch den windelweichen Satz, die CDU habe in der DDR im totalitären System der SED mitgewirkt, ergänzt. Sanfter, meine Damen und Herren, kann man die Rolle der CDU im DDR-Regime wohl kaum beschreiben. Dazu zitiere ich erneut „Die Welt“:

„Fast wäre der Eindruck entstanden, die CDU wolle sich ernsthaft mit ihrer Vergangenheit in der DDR auseinandersetzen. Aber das Ganze war nur ein Unfall.“

Die CDU, Frau Wanka, hat Angst vor ihrer eigenen Geschichte. Angst hat auch die Brandenburger CDU. Das zeigt schon ein Blick auf ihre Homepage. Ich habe voller Erwartungen den Menüpunkt „Parteigeschichte“ angeklickt. Was soll ich sagen! Ich könnte sagen, ich wurde maßlos enttäuscht. Aber enttäuscht kann man nur sein, wenn man Erwartungen hatte. Insofern war ich also doch nicht enttäuscht.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Auf insgesamt 11 Seiten erfährt man nahezu alles über den Aufbau der CDU in Brandenburg in den späten 40er Jahren. Nur über die Rolle der Brandenburger CDU in der DDR und auch über die Konstanz von Biografien in der CDU findet sich nicht ein einziges Wort auf Ihrer Homepage. Frau Wanka, wenn Sie weiter so wie in den letzten Tagen und auch hier im Parlament argumentieren wollen, dann sage ich Ihnen: Kehren Sie gefälligst erst einmal vor Ihrer eigenen Tür! Da haben Sie genug zu tun.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Denn klar ist: In der DDR haben auch die Schwarzen rote Socken getragen - egal, welche Farbe die Füße, die in den Socken steckten, hatten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ein Wort muss ich noch zur Birthler-Behörde verlieren. Wir erleben seit vergangener Woche, dass Journalisten mit Auszügen aus Akten einzelner Abgeordneter versorgt werden, und zwar ohne, dass die Abgeordneten und der Landtagspräsident davon Kenntnis haben.

(Senfleben [CDU]: Laut Gesetz!)

Ich finde dieses Vorgehen inakzeptabel.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Alle Mitglieder des Landtages haben Aktenauskunft beantragt. Weil Sie die Frage in den Raum stellten: Alle Mitglieder der SPD-Fraktion haben dies getan.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Ist das definitiv so? - Frau Hackenschmidt [SPD]: Ja!)

Wir befinden uns also in einem laufenden Verfahren. Das Abgeordnetengesetz werden wir in der kommenden Woche ändern. Es gibt überhaupt keinen Grund, am Parlament und am Landtagspräsidenten vorbei via Medien täglich neue „Enthüllungen“ zu präsentieren.

Damit wird das vom Landtag gewählte, offene, transparente und geordnete Verfahren konterkariert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das widerspricht auch dem Geist des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und dem Respekt vor diesem Parlament.

Das Bundesverwaltungsgericht hat schon 2004 festgestellt, dass Frau Birthler die Akten nur zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung an die Presse weitergeben darf und die Rechte der betroffenen Personen - das ist eine der Grundlagen des Rechtsstaates, Herr Senfleben, auch wenn Ihnen das nicht gefällt - berücksichtigen muss. Betroffene müssen die Chance haben, sich mit ihren Akten auseinanderzusetzen. Es ist unzumutbar, dass die Presse beliebig mit Informationen versorgt wird und betroffene Personen nicht unverzüglich Einsicht erhalten.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben uns 1989 für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt. Der Respekt vor einem demokratisch gewählten Parlament gebietet es, dass die Birthler-Behörde den Präsidenten spätestens dann informiert, wenn sie die Presse unkommentiert mit Aktenauszügen versorgt und es am Ende der Presse obliegt, Richter über Biografien in der DDR zu spielen.

(Beifall SPD)

Ziel ist die historische und politische Aufarbeitung, Frau Dr. Ludwig, und nicht die mediale Hinrichtung von Abgeordneten dieses Hohen Hauses.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir wollen nicht, dass die Geschichte die Zukunft unseres Landes dominiert. Deshalb wird diese Koalition hart arbeiten. In den nächsten Plenarsitzungen werden wir eine Reihe von Anträgen behandeln. In den nächsten Wochen wird eine Reihe von Gesetzen behandelt werden, mit denen wir das umsetzen werden, was wir versprochen haben: Wir werden uns um mehr soziale Gerechtigkeit kümmern. Wir werden uns für mehr sozialen Aufstieg einsetzen, und wir werden um jeden Arbeitsplatz in diesem Land kämpfen. Das ist unser Auftrag. Genau das werden wir tun. Wir werden eine offene und ehrliche Debatte über die DDR-Geschichte führen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort, für die der Abgeordnete Goetz spricht.

Goetz (FDP):

„Ein Sumpf zieht am Gebirge hin,
Verpestet alles schon Errungene;“

(Zuruf von der SPD: Der muss es ja wissen!)

„Den faulen Pfuhl auch abzuziehn,
Das letzte wär das Höchsterrungene.

Eröffn' ich Räume vielen Millionen,
Nicht sicher zwar, doch tätig-frei zu wohnen.“

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Platzeck, genau das ist Ihre Aufgabe. Es ist Ihre Aufgabe, Räume und Chancen für die 2,5 Millionen Einwohner Brandenburgs zu eröffnen. Voraussetzung dafür ist, den faulen Pfuhl auch abzuziehn. Sie haben in der Vergangenheit des Öfteren darüber gesprochen, dass die vergangenen fünf Jahre die erfolgreichsten der Geschichte des Landes Brandenburg gewesen seien. Ich bin vorsichtig mit Superlativen, aber wenn man saldiert, kann man durchaus zu dem Ergebnis kommen, dass unter dem Strich die vergangenen fünf Jahre für Brandenburg positiv verlaufen sind. Das ist anzuerkennen.

Im Koalitionsvertrag schreiben Sie jetzt, dass erfolgreich auf bisher Erreichtem aufgebaut werden soll, dass Verantwortung für das ganze Land getragen wird, dass offen und kritisch mit früheren Fehlern umgegangen wird und - nochmals -: dass Verantwortung übernommen werden soll.

Derzeit erleben wir das genaue Gegenteil davon. Wir erleben keinen verantwortungsvollen Umgang mit der Verantwortung und eben keinen offenen und kritischen Umgang mit früheren Fehlern. Wir erleben auch keine Aufarbeitung. Wir erleben derzeit die Kernschmelze dieser Regierungskoalition und dieser Regierung. Es ist der größte anzunehmende Unfall, der im Land Brandenburg passieren konnte,

(Beifall FDP und CDU)

nicht nur für die Regierung, nicht nur für die Regierungskoalition, sondern für das Land insgesamt, auch für uns in der Opposition. Wir hätten eine gute und handlungsfähige Regierung bitter nötig. Herr Präsident, ich entschuldige mich im Voraus:

Wir in Brandenburg haben im Moment wirklich den Arsch voll Probleme. Wir haben die größte Wirtschafts- und Finanzkrise in der Geschichte der Bundesrepublik. Wir erwarten über 560 Millionen Euro Steuerausfälle allein in diesem Jahr. Viele kleine und mittelständische Unternehmen wissen noch nicht, ob sie das nächste Jahr überstehen werden.

(Bischoff [SPD]: Ihr habt ja alle Regeln abgeschafft!)

Es gibt in Brandenburg eine durch erheblichen Unterrichtsausfall gekennzeichnete Bildungsmisere, und zwar derart, dass in zwölf Schuljahren ein gesamtes Schuljahr ausfällt.

Das sind Themen, die hier anstehen. Wir erleben nach wie vor, dass die Kormorane die Fischerei gefährden. Wir erleben Ärztemangel in der Prignitz wie in der Uckermark

(Vereinzelte Lachen bei der SPD)

- so ist es -, und wir stehen in Kleinmachnow nach wie vor vor dem Schleusenausbau, einem der größten Umweltdelikte, das in der nächsten Zeit geschehen wird. Wir erleben Demotivation im öffentlichen Dienst durch angekündigten Stellenabbau. Wir erleben Einschränkungen der inneren Sicherheit. Wir laufen immer wieder Gefahr, dass versucht wird, diesen Einschränkungen der inneren Sicherheit, diesem Stellenabbau bei der Polizei mit mehr Technik, mit mehr Kameras zu begegnen und dadurch weiter in Grund- und Bürgerrechte einzugreifen. Das sind Themen, mit denen sich diese Regierung zu befassen hätte.

Tatsächlich passiert das nicht. Die Regierung ist kaum noch handlungsfähig. Es fehlt an Führung. Hinzu kommt der enorme Rufschaden, den unser Land gegenwärtig, weit über Brandenburg hinaus, bis hin zur Bambi-Verleihung nimmt. Die Ursachen liegen in den Versäumnissen der letzten 20 Jahre. Es ist eben so, Herr Ministerpräsident, dass Ihr Amtsvorgänger trotz Vorwürfen im Amt blieb, angesichts derer jeder Hausmeister einer Kita hätte gehen müssen. Das ist ein Problem, das bisher nicht aufgearbeitet wurde und mit dem wir uns weiter auseinandersetzen müssen.

Aufarbeitung fand nicht statt, ist aber die Voraussetzung für Versöhnung. Im Grunde stehen wir ganz am Anfang. Richtig ist: Schuld ist immer individuell. Deswegen ist jeder Fall einzeln zu betrachten.

Als ich vorgestern den Namen eines Abgeordneten gehört habe, der im Wachregiment diente, habe ich mich erst einmal gefragt, was er da gemacht hat. War er Koch in der Kantine? War er vielleicht in der Schautruppe, die irgendwo Unter den Linden marschiert ist, mehr als Dekoration für die Neue Wache? War er vielleicht Sanitäter? Auch das kann ja der Fall gewesen sein. Oder war er vielleicht in der Eingreiftruppe, die die Aufgabe hatte, Regimekritiker zu verhaften und zu internieren, wenn es eng werden sollte?

Es gibt erste Aufklärungen dazu, aber so unterschiedlich ist eben Geschichte und so unterschiedlich sind einzelne Schicksale. Deswegen bedarf es einzelner Betrachtungen; das ist keine Frage. Zwar ist es richtig, dass viel Aufregung in die Debatte der vergangenen Tage und Wochen gekommen ist, was ihr nicht guttut, jedoch liegen die Ursachen dafür ganz allein bei der Linkspartei und eben nicht, Herr Ministerpräsident, wie

Sie sagen, in denunziatorischer Art Einzelner, mit diesem Thema umzugehen.

Wenn von einem ehemaligen Mitglied des Wachregiments gesagt wird - ich will ihn auf keinen Fall von vornherein verdammen -, es sei eine antimilitaristische Grundhaltung gewesen, die dazu geführt habe, nicht zur NVA zu gehen, sondern dorthin, dann wird es wirklich absurd. Das ist ähnlich absurd wie der Vorwurf, die Birtler-Behörde sei jetzt schuld an dem, was dort in den Akten steht. Auch das ist nicht so.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf von der SPD: Ich war drei Jahre bei der NVA!)

Jeder Mensch hat sein eigenes Bild. Das Bild des Einzelnen muss aufgearbeitet werden. Das ist so. Es geht um damaliges Verhalten ebenso wie um den heutigen Umgang mit diesem Verhalten. Das sind die Themen, mit denen sich diese Regierung befassen muss.

Es ist richtig, Herr Ministerpräsident: Wir von der FDP wollten Rot-Rot nicht, das ist ganz klar, und wir wollen Rot-Rot bis heute nicht. Aber was Sie erreicht haben, ist: Sie haben mit dieser Regierungskoalition unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Wir von der FDP wollen den Erfolg unseres Landes. Ich glaube Ihnen, dass auch Sie diesen Erfolg wollen. Daran habe ich keinen Zweifel. Ich glaube Ihnen auch, dass Sie persönlich von Mitgliedern Ihrer Regierungskoalition enttäuscht sind; das ist keine Frage. Aber die Frage ist, welche Konsequenzen jetzt daraus gezogen werden. Von Ihnen kommen Wiederholungen aus der Regierungserklärung vom 18. November 2009. Sie attestieren der Linken ernsthafte Aufarbeitung und untypische Einzelfälle. Wie viele Einzelfälle müssen es denn noch werden? Es sind eben nicht bedauerliche einzelne Unfälle, es liegt an Ihrem Partner insgesamt: Aus früherer Ausbildung heraus, meine Damen und Herren von der Linkspartei: Es ist eben so, dass angehäuften Quantität irgendwann auch einmal in neue Qualität umschlagen kann, und genau da ist diese Qualität erreicht.

Einen Weg aus der Krise haben Sie auch heute nicht gezeigt. Es kommt die Hoffnung zum Ausdruck, dass nach schönen Worten heute alles irgendwie im Sande verläuft. So funktioniert das aber nicht. Geschichte holt einen immer wieder ein. Rot-Rot ist in Brandenburg kein Beitrag zur Versöhnung oder Aufarbeitung,

(Bischoff [SPD]: Da muss ich Ihnen mal Recht geben!)

es ist ein Fehler. Herr Ministerpräsident, diesen Fehler haben Sie gemacht. Sicher fällt es schwer, Fehler einzugestehen; das ist keine Frage. Das geht den damaligen IMs genauso wie jedem anderen, der einen Fehler gemacht hat. Es ist immer schwierig, über eigene Fehler zu reden und diese einzugestehen. Aber: Sie haben einen Amtseid geleistet. Sie haben geschworen, Ihre ganze Kraft dem Wohle der Menschen des Landes Brandenburg zu widmen, ihren Nutzen zu mehren und Schaden von ihnen zu wenden. Ich erwarte nicht viel von Ihnen, Herr Ministerpräsident, nur eines: Halten Sie sich daran!

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält Frau Kaiser, die für die Fraktion DIE LINKE spricht.

Frau Kaiser (DIE LINKE): *

Herr Präsident Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Wir alle haben uns den Start dieser Koalition anders vorgestellt. Wir wussten, dass diese Koalition umstritten ist, dass der politische Streit innerhalb und außerhalb dieses Parlaments nicht leicht würde, aber diesen Gang der Dinge konnte sich wohl niemand vorstellen, schon gar nicht hat ihn sich jemand gewünscht - hoffe ich.

Was ich für die Fraktion DIE LINKE hier heute tun möchte, ist erstens, Verantwortung festzustellen, zweitens den Hintergrund dieser Debatte aus meiner Sicht auszuleuchten und drittens einige Fragen aufzuwerfen, zu denen wir uns künftig auch hier im Parlament verhalten müssen.

Ausdrücklich stimme ich dem Ministerpräsidenten zu: Wir haben keine Regierungskrise, wir haben keine Krise der Koalition. Allerdings haben zwei bisherige Mitglieder meiner Fraktion die rot-rote Koalition und dieses Parlament einer harten Belastungsprobe ausgesetzt. Die Verantwortung dafür liegt also bei der Linken. Den damit verursachten Vertrauensverlust der Öffentlichkeit, den Wählerinnen und Wählern und dem Koalitionspartner gegenüber bedauere ich zutiefst.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Gerd-Rüdiger Hoffmann und Renate Adolph haben ihre frühere Zusammenarbeit mit dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit ganz oder teilweise verschwiegen. Sie haben bei ihren Wählerinnen und Wählern um Vertrauen geworben, ohne dies vor der Wahl selbst durch Vertrauen zu rechtfertigen und die Wählerinnen und Wähler über ihre gesamte Biografie in Kenntnis zu setzen. Sie haben nicht zuletzt ihre eigene Fraktion und auch ihre Partei getäuscht und das, obwohl es für uns - bei der Fraktion DIE LINKE wie vormals bei der PDS - seit Beginn der 90er-Jahre klare Maßstäbe gibt. Wir haben die vollständige Offenlegung der politischen Biografie einer und eines jeden zur Bedingung dafür gemacht, politische Ämter und Mandate im Namen und mit Unterstützung der Partei anzustreben. Selbstverständlich galt dieser Maßstab auch vor den Wahlen im September dieses Jahres. Der Grund dafür war und ist unsere spezifische Verantwortung als Nachfolgepartei der SED, unsere Verantwortung für das Scheitern des real gewesenen Sozialismus als Partei und individuell nicht zu verdrängen. Die Offenlegung der politischen Biografie ist für uns deshalb keine Formalie und auch kein Ablasshandel.

Die Entschuldigung gegenüber den Opfern der stalinistischen Diktatur, Frau Prof. Wanka, und gegenüber dem Volk der DDR - vor fast genau 20 Jahren von Prof. Michael Schumann auf dem Sonderparteitag der SED/PDS formuliert - zählt heute wie damals.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Damit ist alles geklärt?)

- Damit ist nicht alles geklärt, sondern das war in unserer Partei der Beginn einer Klärung, die bis heute anhält, Frau Prof. Wanka.

(Beifall DIE LINKE)

Ihnen ganz persönlich sage ich an dieser Stelle, jetzt wirklich mit der Legende Schluss zu machen, ich sei 1994 enttarnt worden. Ich weiß nicht, wer Sie über den Verlauf des Parteitages

der PDS im Jahre 1991 informiert hat. Ich habe dort Stellung bezogen, Sie können das heute in der Presse nachvollziehen, zum Beispiel ist es in der „Berliner Morgenpost“ nachzulesen. Ich habe zu meiner Biografie vor der Wende gegenüber den Betroffenen Stellung bezogen, und ich habe es nach der Wende getan, seit Mitte 1991 parteiintern und öffentlich. Wenn Sie das leugnen, dann heißt das, Sie nehmen es einfach nicht zur Kenntnis. Ich weiß, dass Sie es aus einem persönlichen Gespräch zwischen uns vor etwa zwei Jahren besser wissen, aber ich nehme zur Kenntnis, dass offenbar immer noch dasselbe Schema, wie Sie es hier beschreiben, in Ihrem Kopf ist.

Meine Damen und Herren! Diese Auseinandersetzung mit individueller Schuld, politischer Verantwortung und den Machtstrukturen in der DDR ist die entscheidende Voraussetzung dafür, in der heutigen demokratischen Gesellschaft glaubwürdig für unsere politischen Ziele eintreten zu können. Ohne dies wäre es überhaupt nicht verständlich, warum soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheitsrechte für uns untrennbar zusammengehören.

Eine linke, eine demokratisch-sozialistische Partei kann und wird also undemokratische, diktatorische, ja totalitäre Herrschaft niemals akzeptieren, verherrlichen oder verharmlosen.

(Burkardt [CDU]: Hat sie doch!)

Hier liegt für meine Seite, für die Seite meiner Fraktion der Grund für den Konsens im Koalitionsvertrag: Keinen Schlussstrich! Wir versichern, diese politische Grundlage unseres Handelns ist nicht infrage gestellt, weil Einzelne glaubten, sie umgehen zu können. Und ich bitte Sie, zu differenzieren. Was Frau Stobrawa betrifft, wissen Sie es besser. Seit gestern liegt nun auch der Bericht der damaligen Kommission, wieder aus den Archiven gefischt, allen zur Einsicht vor. Sie können es nachlesen. Es gibt darüber Veröffentlichungen, und ich kann Ihnen auch versichern: Die Anträge meiner Fraktion bei der Birthler-Behörde liegen vor,

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Alle, Frau Kaiser? Diese Frage würde mich interessieren!)

die Anträge all derer, die ihre Akten noch nicht kennen oder angefordert hatten und die vor 1989 älter als 18 Jahre waren.

Eine linke, eine demokratisch-sozialistische Partei - und dabei bleibe ich - wird nicht verharmlosen und nicht verherrlichen. Meine Damen und Herren, ich bedaure zutiefst die jetzige Situation, und ich wünschte, es wäre nicht dazu gekommen.

Die Tätigkeit der Regierung wie die Tätigkeit aller unserer Abgeordneten wird nicht von der Vergangenheit überschattet, sondern vom Umgang Einzelner mit dieser Vergangenheit. Verantwortung dafür zu übernehmen heißt nicht nur, individuelle Konsequenzen zu fordern. Ich weiß, wir wissen, dass wir erneut um Glaubwürdigkeit bei unseren Wählerinnen und Wählern und innerhalb der Koalition kämpfen müssen. Klarheit in der Frage unseres Verhältnisses zur Vergangenheit und gute Arbeit auf der Basis der Koalitionsvereinbarung - nur so können wir die Brandenburgerinnen und Brandenburger nachhaltig davon überzeugen, dass sie die richtige Regierung haben und wir die entscheidenden Fragen von Gegenwart und Zukunft lösen und Antworten geben, die Brandenburg voranbringen. Das ist auch Voraussetzung.

Meine Damen und Herren! Schon vor der Landtagswahl versuchten wir hier - durchaus auch gemeinsam - Lücken zu schließen, die bei der Auseinandersetzung mit der Nachkriegsgeschichte in den letzten Jahren und Jahrzehnten entstanden waren, zum Beispiel in der Debatte um die Einsetzung eines Stasibeauftragten in Brandenburg. Hier sollte also eine Lücke geschlossen werden, vor allem im Interesse der Opfer der SED-Diktatur. Wir hatten darüber nicht in der Sache, sondern in der Frage von Präzision und Qualität eine Differenz.

Sehr bald nach der Landtagswahl gab es in diesem Hause einen Konsens zur Überprüfung aller Abgeordneten auf eine eventuelle frühere Tätigkeit für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit. Wir streben dabei ja nicht nur einen Aufruf an, sondern ein gesetzlich geregeltes Verfahren. Wir von der Linken haben den Beschluss mitbefördert und getragen, weil er unseren eigenen Maßstäben im Umgang mit Vergangenheit entspricht. Was wäre denn bei der gesetzlichen Überprüfung der Linksfraktion anderes herausgekommen als jetzt? Bedenklich ist doch, dass dem Landtag nun das gewollte demokratische Verfahren aus der Hand genommen, ja, dass dieses diskreditiert worden ist. Vor lauter Ungeduld, die rot-rote Koalition zu bekämpfen und zu treffen, wurden mit einer Stasienthüllungskampagne die Aufgaben der Faktenermittlung, die Aktenbewertung, auch die Urteilsverkündung und Vollstreckung unter lautem Beifall der Oppositionsfraktionen - der CDU auf jeden Fall - uneingeschränkt den Medien überlassen.

(Unglaublich! bei der CDU)

Fehlinterpretationen sind da eingeschlossen - das ist hier schon gesagt worden -, was den Abgeordneten Luthardt betrifft.

(Heuchelei! bei der CDU)

Kollateralschäden werden offenbar akzeptiert, jedenfalls so lange, wie sie dem Zweck dienen.

Der wurde auf dem CDU-Parteitag in schöner Klarheit formuliert: Die CDU will ...

(Zuruf von der CDU)

- Ich stelle mich nicht als Opfer dar, ich mache mich nicht besser, als ich war und bin, und das wissen Sie auch.

(Gelächter bei der CDU)

Ich zitierte jetzt einfach nur Ihren politischen Zweck. Der ist, wie gesagt, auf Ihrem Parteitag deutlich geklärt worden, und dem wurde, soweit ich weiß, nicht widersprochen. Er lautet - ich zitiere Frau Richstein -:

„Die CDU will die rot-rote Pest aus dem Land treiben.“

(Senfleben [CDU]: Genau!)

Ist das wirklich demokratische Kultur, die wir in Brandenburg brauchen?

Die Vorgänge der letzten Wochen mögen gerade noch so von den Buchstaben des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gedeckt sein, rechtsstaatlichen Grundsätzen und demokratischen Regeln genügen sie nach meiner Vorstellung nicht. Genauso wie Herr

Woidke das auch schon beschrieb: Die Unschuldsvermutung und das Recht auf Verteidigung sind in Bezug auf Frau Stobra und Herrn Luthardt teilweise auf der Strecke geblieben.

(Zuruf des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Denn jetzt ist der Landtag nicht mehr selbst Herr des Verfahrens, und es fällt mir schwer, zu glauben, dass das in Ihrem Interesse ist. Ich bin mir sicher, dass es auch nicht die Demokratie stärkt. Infrage gestellt wird, was in Brandenburg in den letzten beiden Jahrzehnten an politischer Kultur gewachsen ist. Es ist schick geworden, den Brandenburger Weg der frühen 90er Jahre zumindest zu belächeln und mit bösem Blick mit einer kleinen DDR gleichzusetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Wichmann [CDU])

Aber was war denn der Brandenburger Weg? Er steht für den politischen Willen, im Interesse und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger zu politischen Lösungen zu kommen. Auf dem haben wir uns, haben Sie sich doch alle bewegt – egal, unter welchen Regierungskonstellationen. Dieser Brandenburger Weg hatte seinen Nährboden in der demokratischen Erneuerungsbewegung des Herbstes 1989. Es ging um soziale, um ökologische Verantwortung und darum, ostdeutsche Spezifika aufzunehmen. Höhepunkt war die gemeinsame Arbeit an der Verfassung. Andere Schwerpunkte, aber auch die Rolle Brandenburgs als Tor zum Osten, die Einführung von LER, die Sicherung der Agrargenossenschaften, die aktive Gestaltung des zweiten Arbeitsmarkts und die sozialen Leistungen gehörten dazu.

Wollen Sie denn wirklich all das für tagespolitische Vorteile über Bord werfen oder vergessen? Und besonders frage ich hier die CDU: Wollen Sie all das diskreditieren, nur weil Sie nicht mehr in der Regierung sind? Dieser brandenburgische Weg hat die Entwicklung des Landes bestimmt, er hat die Brandenburger Identität, das Selbstverständnis vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger bis heute geprägt, und daran konnte auch die SPD-CDU-Regierung anknüpfen, als sie „Erneuerung aus eigener Kraft“ ausrief. Daran knüpft jetzt ihrerseits die SPD-LINKE-Regierung an, wenn sie „Gemeinsinn und Verantwortung“ zum Ausgangspunkt nimmt.

Ein Aspekt des Brandenburger Weges, meine Damen und Herren, war die Übereinkunft, Geschichte und Vergangenheit „mit menschlichem Maß“ gegenüberzutreten. Es gab dazu einen Landtagsbeschluss gleichen Namens, eingebracht von Abgeordneten mehrerer Fraktionen, auch der CDU.

Besonderen Respekt und Bewunderung zollen die Mitglieder meiner Fraktion und ich denjenigen Menschen, die sich damals wie heute als Leidtragende, als Opfer des DDR-Systems zu diesem menschlichen Maß im Umgang mit jenen bekannten, die die Verhältnisse in der DDR nicht nur akzeptierten, sondern die SED-Herrschaftsstrukturen mitgetragen haben.

Mich hat - weil heute viel von persönlichen Erinnerungen die Rede war - 1990 das Zusammensein, die Zusammenarbeit mit Walter Janka sehr geprägt.

(Zuruf von der CDU: Der Arme!)

In Brandenburg sind in den Jahren seit 1990 und auch im zurückliegenden Wahlkampf wichtige Maßstäbe gesetzt und auch

erprobt worden. Nicht allein das Leben eines Menschen vor 1989, sondern auch die seither erbrachte Lebensleistung soll zu seiner Bewertung herangezogen werden. Menschen sollten und konnten sich durch bewusste, offene eigene Veränderungen selbst einen Platz in der demokratischen Gesellschaft schaffen. Auch wenn wir in der Linken durchaus andere Konsequenzen gezogen haben als die Kolleginnen und Kollegen der CDU, so haben wir doch die Chance dieser Demokratie genutzt und versucht, ihr zu dienen - wenn auch gerade im Widerstreit, in Konkurrenz.

Meine Damen und Herren! Die bisherigen Mitglieder meiner Fraktion Gerd-Rüdiger Hoffmann und Renate Adolph taten das auch. Auch sie haben Konsequenzen aus der Vergangenheit gezogen, und sie haben sich in den letzten Jahren bewusst verändert, sie haben Leistungen für die demokratische Politik erbracht, und sie haben damit den Menschen im Land Brandenburg gedient. Dennoch: Beide haben eine wesentliche Voraussetzung nicht erfüllt, die eben zu diesem gleichberechtigten demokratischen Wettstreit gehört: Offenheit, und die - ich bleibe dabei - gehört zu den Maßstäben meiner Fraktion wie meiner Partei und zu meinen persönlichen Grundsätzen.

Der Prozess des Entschuldigens, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, Frau Prof. Wanka, Herr Dombrowski, ist doch ein individueller Prozess. Vergebung - darauf kann man hoffen. Es gibt auf Vergebung keinen Anspruch. Vergeben können Menschen nur individuell. Zwischen Tätern und Opfern, Verantwortlichen und Betroffenen kann und muss es so einen Vorgang geben. Den gibt es also immer in privaten, gesellschaftlichen und juristischen Zusammenhängen, aber nicht durch Parteien, für Parteien. Das heißt, wir haben einander nichts zu vergeben. Wir müssen einfach an dieser Stelle beginnen, Konsequenzen aus der Vergangenheit zu ziehen und für eine demokratische Gesellschaft zu streiten. Wir stehen in den verschiedenen Fraktionen - davon gehe ich aus, und ich hoffe, das bleibt unsere Handlungsgrundlage - für einen solchen gesellschaftlichen Weg, für solche gesellschaftlichen Strukturen, die Menschen den Weg in die Demokratie öffnen und nicht verbauen, egal, welche Partei sie gewählt haben.

Aufgrund der Debatte - Sie haben es selber angeführt - will ich jetzt doch noch einmal auf diese Charakterfrage kommen, Frau Prof. Wanka, Herr Dombrowski. Wie gesagt, ich mache mich nicht besser, als ich in der Vergangenheit war. Das wissen Sie auch. Aber wollen Sie wirklich bei dieser Charakterfrage bleiben? Denken Sie doch noch einmal darüber nach, ob Sie das wirklich aufrechterhalten. Charakter ist doch nichts Genetisches. Ein Mensch bildet sich doch im Laufe seines Lebens aufgrund seiner Erfahrungen, und auch ein Charakter bildet sich aus und verändert sich aufgrund von Erfahrungen.

(Zuruf von der CDU)

Ansonsten würden Sie jetzt doch eine Debatte aufmachen, die heißt: Schnüffeleien damals und heute sind vergleichbar, und Schnüffeleien bleiben immer Schnüffeleien. Dann müssten wir an dieser Stelle sagen: Schnüffler bleibt Schnüffler, egal, wie, wann und wo.

(Zurufe von der CDU: Das ist doch naiv! - Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Sie müssen hinhören, wenn ich rede!)

Dann müssten wir uns doch die Frage stellen - ich frage das ganz bewusst -: Was machen wir mit den Lidl-Verkäuferinnen

und den Kameras, was machen wir mit den V-Leuten, den Sozialdetektiven bei Hartz IV, den E-Mail-Lesern in Parteien?

(Zuruf von der CDU)

Ist das denn Charakter?

(Zuruf von der CDU)

Ich bin der Meinung, dass kein Staat der Welt das Recht hat, von seinen Bürgerinnen und Bürgern Schnüffeleien zu fordern. Kein Staat der Welt hat das Recht, Schnüffeleien zu fordern,

(Beifall DIE LINKE)

egal auf welcher Grundlage und egal, zu welchem guten oder schlechten Zweck und im Namen welcher Idee. Das ist meine Position. Nie wieder soll der Zweck die Mittel heiligen.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: So abgebrüht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Lassen Sie uns bitte diese Lehre aus der Vergangenheit beherzigen!

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe Fragen gestellt und anfangs auch ausdrücklich gesagt: Wir werden uns künftig darüber unterhalten müssen, wir werden das besprechen müssen. Damit werden wir nicht fertig.

(Zuruf von der CDU)

Ich habe auch eine Menge Fragen, meine Damen und Herren, bezüglich der Praxis im Umgang mit Akten und Erkenntnissen der Birthler-Behörde. Ich stelle die Frage,

(Genilke [CDU]: Wir wollen Antworten haben, Frau Kaiser, keine Fragen!)

ob es jetzt, nach 20 Jahren Erfahrungen nicht möglich sein sollte, dass Leute vor der Veröffentlichung von Akten, vor der Möglichkeit ihrer Kenntnisnahme durch die Presse beispielsweise, in Kenntnis darüber gesetzt werden sollten, wenn diese Akten sie belasten, bevor ein Urteil feststeht.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: Das ist gesetzlich festgelegt! - Genilke [CDU]: Antworten!)

Ich habe die Fragen auch ausdrücklich an die Vertreterinnen und Vertreter der Presse gerichtet. Nehmen Sie sich die Ruhe, die Überschriften der letzten Tage noch einmal zu lesen. Wir haben zwei neue Fälle, und das ist schlimm genug. Dafür übernehmen wir die Verantwortung, soweit wir das politisch können, und wir müssen es auch. Aber bis zur Nummer Sieben haben es die „Bild-Zeitung“ und die „Süddeutsche Zeitung“ gebracht, und gerade diese beiden in einem Zusammenhang zu nennen fällt mir sehr schwer.

Halten Sie denn diesen Umgang, bitte, für verhältnismäßig? Halten Sie von der CDU es für verhältnismäßig,

(Senftleben [CDU]: Geschichte ist Geschichte!)

aufgrund solcher Meldungen Neuwahlen - gleich Neuwahlen - zu fordern? Halten Sie es für verantwortlich, ohne jede politische Alternative - allein über eine solch fragwürdige Debatte - eine Regierungskrise und Neuwahlen herbeizuführen?

(Burkardt [CDU]: Wer hat denn das gefragt?)

Es gibt einen Konsens über den Umgang mit den Stasiunterlagen, und der sollte wichtig bleiben. Aufarbeitung sollte stattfinden, Opfer sollten unterstützt und Täter erkannt werden. Die Strukturen des MfS, die Machtstrukturen der DDR sollten aufgearbeitet werden.

Wissenschaftliche Arbeit und historische Forschung - das ist der Anspruch. Diesen Zielen und Ansprüchen sollten wir genügen. Ob ihnen in den letzten Wochen entsprochen wurde? Wenn der tagespolitische Zweck von Leuten dazu führt, dass sich die Debatte allein auf IMs beschränkt, dann - schließe ich daraus - ist hier eine politische Allzweckwaffe gegen eine ungeliebte Koalition bundesweit in Anschlag gebracht worden.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Ich denke, dass das nicht den Zielen und Ansprüchen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes entspricht, die ich ausdrücklich teile. Ob dieser Umgang mit Akten angemessen und verhältnismäßig ist, werden wir klären.

Angesichts der Weigerung einzelner Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE, sich ihrer Biografie und Verantwortung zu stellen, stellt sich diese Frage ebenfalls. Dass diese Art des Umgangs mit Vergangenheit Aufklärung und demokratisches Bewusstsein fördert, bezweifle ich ebenfalls.

Meine Damen und Herren, gesagt ist gesagt. Ich relativiere nicht. Ich relativiere nicht die politische Verantwortung meiner Partei und auch nicht meine persönliche Verantwortung. Ich relativiere nicht die Kritik am Verhalten von Dr. Hoffmann und Frau Adolph und auch nicht den Vorwurf der Wählertäuschung. Aber ich bitte Sie! Die gestellten Fragen kann ich mir, meiner Fraktion und uns in diesem Parlament nicht ersparen, damit uns Geschichte künftig nicht handlungsunfähig macht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was folgt nun aus dieser Debatte? Erstens: Setzen wir das Parlament in seine Rechte und in seine Verantwortung ein! Verabschieden wir zügig die Änderung des Abgeordnetengesetzes und klären so sachlich und angemessen einen Teil der Biografien aller Abgeordneten.

Zweitens: Wir haben heute die Chance, uns eindringlich in Erinnerung zu rufen, dass mit der Einteilung einer Gesellschaft in Freund und Feind mit Schwarz-Weiß-Denken und mit moralischen Überlegenheitsansprüchen, an die ich mich gut erinnere und die ich nicht wiederhaben möchte,

(Zuruf von der CDU: Ach?!)

und erst recht nicht mit Zwecken, welche die Mittel heiligen, keine demokratische Gesellschaft zu gestalten ist, weil es mit den Lehren aus der Geschichte eben nicht nur um Vergangenheit, sondern hier und heute um Gegenwart und Zukunft geht. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Vogel.

Vogel (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Von ihrer Landesregierung erwarten die Menschen in Brandenburg, dass sie dauerhaft stabile politische Verhältnisse im Lande gewährleistet sowie ordentlich und geschlossen ihre Arbeit verrichtet.“

So lautete ein Schlüsselsatz aus Ihrer Regierungserklärung am 18. November dieses Jahres.

Kaum zu glauben, dass seitdem nicht einmal vier Wochen vergangen sind, vier Wochen, in denen im Wochenrhythmus über neue Stasi-Fälle oder Stasi-Anschein-Fälle in den Medien berichtet wird, vier Wochen, in denen zunächst die Fraktion DIE LINKE, dann zunehmend die gesamte Landesregierung und inzwischen das gesamte Land in der Diktion des Ministerpräsidenten schmerzlich damit konfrontiert wurden, dass Schein und Sein, Anspruch und Wirklichkeit meilenweit auseinanderklaffen. Vier Wochen, in denen deutlich wurde, dass wir von einer Versöhnung zwischen Opfern und Tätern der Diktatur des Proletariats meilenweit entfernt sind, vier Wochen aber auch, in denen der Keim des Misstrauens zwischen uns Abgeordnete gesät wurde und langsam, aber sicher gewachsen ist.

Ich frage Sie: Wer von uns würde heute noch seine Hand für einen vor 1970 geborenen Abgeordneten der Linken ins Feuer legen? Wer von Ihnen würde heute noch eine Ehrenerklärung für einen langjährigen Kollegen abgeben?

Es ist keine vier Wochen her, dass ich in meiner Antwort auf diese Regierungserklärung an dieser Stelle warnte, dass „mögliche demnächst zutage tretende Gedächtnisverluste Einzelner dann böse auf Sie - DIE LINKE - zurückfallen werden.“ Heute muss ich mich an dieser Stelle korrigieren: Die Gedächtnisverluste Einzelner fallen nicht nur böse auf Sie, DIE LINKE, zurück, sondern sie fallen auf die gesamte Landesregierung zurück, ja, sie drohen inzwischen das Ansehen des gesamten Landes bundesweit zu beschädigen.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

An dieser Stelle möchte ich aber auch gleich einfügen: Ich gehe bis zum Beweis des Gegenteils davon aus, dass die Führung der Linken von den Fällen keine Kenntnis hatte. Wenn sie davon Kenntnis gehabt haben sollte und dies bekannt wird, werde ich der Erste sein, der von diesem Ministerpräsidenten - Herr Minister Platzek - die Auflösung dieser Koalition fordern wird.

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Bis jetzt gehe ich davon aus, dass dies nicht der Fall ist.

Es sind aber nicht allein die Gedächtnisverluste oder die im Wochenrhythmus zutage geförderten Verpflichtungserklärungen und Aktenauszüge der Stasi-Unterlagen-Behörde, die das Ansehen der Regierung und das Ansehen des Ministerpräsi-

denten beschädigen. Nicht zuletzt sind es auch das Verhalten und die Reaktionen - mitunter auch die Nichtreaktionen - des Ministerpräsidenten selbst, die sein persönliches Ansehen bundesweit auf den Nullpunkt zu bringen drohen.

Was hätten wir von einem Ministerpräsidenten erwartet, der in seiner ersten Regierungserklärung eine gute Viertelstunde lang über das Prinzip Verantwortung referiert? - Ganz einfach! Dass er Verantwortung auch dann übernimmt, wenn es gefordert ist, dass er angesichts immer neu auftauchender belastender Materialien aus der Stasi-Unterlagen-Behörde und dem dazugehörigen Medienecho die Verantwortung für deren Aufarbeitung nicht an seinen Koalitionspartner delegiert, sondern von sich aus vor die Presse und vor uns als gewählte Volksvertreter tritt und erklärt, wie er mit der Situation umzugehen gedenkt und Vertrauen in seine Regierung wiederherstellen will.

(Burkardt [CDU]: Er hört gar nicht zu!)

Wir hätten gern erfahren, welchen Maßstab er an die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen legt, die mit der Stasi in Kontakt standen. Wir hätten gern gewusst, ab wann er einen Abgeordneten als Träger seiner Regierung für untragbar hält und welche Konsequenzen er dann von diesem Abgeordneten und den Fraktionen, von dessen Fraktion erwartet.

Wenn schon wir als Abgeordnete mangels nach außen erkennbarer und dokumentierter Handlungen keinen Aufklärungswillen des Ministerpräsidenten ersehen können, dann hätten wir wenigstens gern gehört, woran er selbst seinen Aufklärungswillen festmacht. Wir hätten auch gern gehört, ab wann für ihn das Maß voll ist, ab wann er für seine Regierung keine Legitimierung mehr sieht und wie er dann zu handeln gedenkt.

(Beifall GRÜNE/B90 und FDP - Zuruf von der CDU: Genau!)

Weil wir all dies bis vorgestern nicht gehört hatten, haben wir diese Sondersitzung beantragt, um Ihnen hier Gelegenheit zu geben, sich selbst zu erklären. Was wir allerdings nicht hören wollten, ist, dass die Verantwortung auf zwei Sündenböcke abgewälzt wird, dass die Opposition einen dicken Balken im eigenen Auge hat und die Sozialdemokratie der Hort des Wahren und Guten ist.

(Beifall GRÜNE/B90, Lachen sowie starker Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch einige Gedanken in unserer eigenen Sache als Abgeordnete und Parteimitglieder vorausschicken. Der Ministerpräsident hatte auch schon herausgearbeitet, wieso es möglich ist, dass sich dieser Landtag - wenn momentan auch nur in Gestalt einer einzigen Fraktion - als Biotop für ehemalige Stasi-Aktivistinnen herausgestellt hat.

(Richter [SPD]: Das wird sich noch zeigen!)

- Ich habe gesagt: Bislang.

Das ist aber - und das hat er deutlich herausgearbeitet - eine Folge von Versäumnissen des gesamten Hauses in den letzten zwanzig Jahren. Es ist die Folge dessen, dass das anders als in anderen ostdeutschen Bundesländern mit obligatorischen Überprüfungen, wo dieser Fall hätte erst gar nicht auftreten können,

jeder Kandidat von vornherein gewusst hätte, dass er nach erfolgter Wahl durchleuchtet werden würde. Das war hier nicht gegeben.

Was der Ministerpräsident aber nicht genannt hat, sind die Gründe für diesen Verzicht auf eine Regelüberprüfung, der uns die heutige Situation erspart hätte. Diese Gründe sind unseres Erachtens in der Frühzeit dieses Bundeslandes zu suchen. Nennen wir die Gründe: Stolpe-Faktor und Diestel-Bremse,

(Heiterkeit GRÜNE/B90)

ein ehemaliger Ministerpräsident, der kein Interesse an einer offensiven Aufarbeitung seiner Kontakte mit der Staatssicherheit hatte,

(Vereinzelt Beifall CDU)

eine oppositionelle Linke, die lieber nicht zu genau wissen wollte, mit wem sie da in einer Fraktion sitzt, ein bis heute - und jetzt nehme ich einmal mein Recht auf Indemnität in Anspruch - dubios erscheinender CDU-Fraktionsvorsitzender und Ex-Innenminister der letzten DDR-Regierung,

(Beifall CDU)

der kein gesteigertes Interesse an einer Durchleuchtung seiner Blockparteifunktionäre hatte.

(Frau Prof. Dr. Heppener [SPD]: Demokratisch gewählt!)

Ich glaube, das sind die Gründe, die dazu führten, dass hier auf Überprüfungen verzichtet wurde.

Wenn der Ministerpräsident auf die Gründungsgeschichte der Parteien nach der Wende hingewiesen hat, dann können wir das unter dem Titel „Die Stasi stand Pate“ zusammenfassen. Bei allen ostdeutschen Parteineugründungen - da nehme ich auch die Grünen in der DDR nicht aus - war die Stasi mit von der Partie, egal ob in der Partei unserer heutigen Bundeskanzlerin, dem Demokratischen Aufbruch, der SPD, dem BÜNDNIS 90 oder auch der Grünen in der DDR. Republikweit gesehen waren alle Führungsgremien mit Stasi-Zuträgern durchsetzt.

(Zuruf von der CDU: Na klar!)

Wolfgang Schnur und Ibrahim Böhme waren die prominentesten und nur die Spitzel-Spitzen des Eisbergs. In die Führungskader der später mit CDU und FDP verschmolzenen vier Blockparteien waren die Kameraden vom MfS vermutlich schon lange vorher implantiert gewesen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Angesichts dieser enttarnten Stasi-Paten hätte man davon ausgehen können, dass alle Parteien in Brandenburg auch auf allergeringste Stasiverbindungen ihres Führungspersonals allergisch reagiert und sich sofort - ohne viel Federlesens - von belasteten Abgeordneten getrennt hätten. Keine Rede davon!

Jetzt wird auf die Ehrenkommission Bezug genommen. Diese sogenannte Ehrenkommission, die aus zwei Kirchenvertretern bestand, dokumentiert doch nur, dass die damaligen Fraktionen

sich nicht trauten, selbst ein Urteil und eine Bewertung abzugeben.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Die einzigen, die selbstständig ein Urteil gefällt und auch alle Stasiakten veröffentlicht haben, war Ihre Fraktion, Herr Platzeck, war BÜNDNIS 90, wo auch Ihre eigene Stasiakte - die keine ist - enthalten ist.

Ich denke, das ist der Maßstab, an dem man sich auch heute noch ausrichten kann, und ich denke, es sollten auch alle Stasi-Unterlagen veröffentlicht werden.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Diese beiden Kirchenvertreter waren im Übrigen mitnichten vom Landtag, sondern von den Fraktionsvorsitzenden gebeten worden, die Bescheide der Stasi-Unterlagen-Behörde zu bewerten, und sie berichteten auch nicht dem Landtag, sondern dem damaligen Landtagspräsidenten und einem kleinen Kreis von Personen.

Von diesem Duo wurde damals ein ausgesprochen weichherziger Umgang mit den Belasteten an den Tag gelegt. Lediglich den beiden Vertretern der Bürgerrechtsbewegung, die ihre Mandate bereits auf Druck ihrer Fraktion zurückgegeben hatten, wurde der längst vollzogene Rücktritt nahegelegt. Alle anderen zehn wurden allein wegen fehlender Unterlagen als „Grenzfälle“ eingestuft.

Im Lichte später auftretender Beweise, wie im Fall des CDU-Abgeordneten Klaus Häßler, erwies sich die damalige Einstufung als „Grenzfall“ als vorschnell. Interessant wäre, sich die auf den heutigen Stand gebrachten Akten aller damaligen „Grenzfälle“, also auch der ausgeschiedenen MdLs, noch einmal vorzunehmen. Ich glaube, man würde Bauklötze staunen.

Günter Nooke - heute CDU-Mitglied, damals Fraktionschef von BÜNDNIS 90 - erinnert sich in den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ vom 01.12., über die Verdachtsfälle, zu denen schon 1991 auch Gerlinde Stobrawa gehörte, „sei nie wirklich debattiert worden, und im Zuge der Kontroverse um Regierungs- und SPD-Chef Manfred Stolpe, alias IM-Sekretär, seien auch die damaligen offenen Fragen in den Hintergrund gerückt“.

Herr Ministerpräsident! Sie wissen so gut wie ich: Zur Übernahme von Verantwortung gehört, dass man auf dem Deich steht, wenn die Flut heranrollt, und klare Handlungsanweisungen gibt und nicht allein über Sendboten aus dem vermeintlich sicheren Hinterland mit der erschreckten Bevölkerung kommuniziert.

(Lachen und Beifall GRÜNE/B90)

Wer einen Deich verteidigen will, muss Sickerwasser von Qualmwasser unterscheiden können, wenn er nicht unnötige oder falsche Verteidigungsmaßnahmen ergreifen und mitsamt seinem durchweichenden Deich weggespült werden will.

(Lachen des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Fragen wir uns: Haben Sie in diesem Fall immer die richtigen Maßnahmen ergriffen? Haben die Spitzen der Regierungskoalition einwandfrei gehandelt? Ich will gar nicht groß auf das ta-

gelange Schweigen nach den Enthüllungen im Fall Hoffmann eingehen, der von Ihnen lange nur als ein Problem der Linken angesehen wurde, ein Problem, das diese schon allein lösen würden. Schlimm genug!

Gehen wir doch einmal den Fall von Frau Stobrawa chronologisch durch, ein Name, der direkt hörbar ausgespart wurde.

(Heiterkeit GRÜNE/B90)

Rufen wir uns in Erinnerung: Am Tag der Bambi-Verleihung, am Donnerstag, dem 26.11., wird bekannt, dass die Parlamentsvizepräsidentin Frau Stobrawa als IM für das MfS tätig gewesen sein soll.

Zu dem Zeitpunkt, als der Landtagspräsident, der SPD-Fraktionsvorsitzende und die ehemaligen Minister Dellmann und Frau Wanka gegenüber der Presse erklären, rein gar nichts von einem Wirken Frau Stobrawas für das MfS gewusst zu haben, sagt der Ministerpräsident bereits, die Vorgänge seien doch schon seit 1991 bekannt und hätten keinen Neuigkeitswert. Frau Stobrawa sei von einer Landtagskommission überprüft worden und diese habe keine Empfehlung zur Mandatsniederlegung ausgesprochen. Es sei nicht erkennbar, ob es Erkenntnisse gibt, die 1991 nicht in die Bewertung einfließen konnten.

Dazu sagt Herr Nooke:

„Der hat damals die Debatten sehr genau mitverfolgt.“

Gemeint war der Ministerpräsident.

„Bei der Wahl von Stobrawa zur Parlamentsvizepräsidentin seien dem heutigen Regierungschef dann aber offenbar die seit 18 Jahren unbeantworteten Fragen in dem Fall nicht mehr präsent gewesen.“

Unter dem Druck der Medien und der Landtagsopposition erklärte Frau Stobrawa dann einen Tag später, ihre Tätigkeit als Landtagsvizepräsidentin ruhen zu lassen. Der Ministerpräsident findet der Presse gegenüber am selben Tag diese Reaktion „angemessen“ und bestätigt, dass die SPD erst nach einer Anhörung in der Fraktion über einen nötigen Rückzug Frau Stobrawas entscheiden wird.

Am 30.11. tritt Frau Stobrawa dann als Landtagsvizepräsidentin zurück, nachdem ihrem Parteivorsitzenden Thomas Nord nach Einsichtnahme in die Unterlagen arge Zweifel an der bisherigen Darstellung gekommen sind.

Frau Kaiser erklärt laut „PNN“ vom 02.12., dass sie mit einem hochrangigen Vertreter der SPD unmittelbar vor der Wahl Stobrawas über diese Angelegenheit und eben die bekannten Hinweise auf eine frühere IM-Registrierung Stobrawas gesprochen habe. Allerdings kann sie sich nicht mehr genau erinnern, wer diese Person aus der SPD-Spitze gewesen sein soll.

(Lachen bei der CDU)

Ich will hier nicht raten, mit welchem SPD-Spitzenfunktionär sie gesprochen zu haben scheint. Aber selbst wenn Ihr Gedächtnis trügen sollte ...

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Warum haben Sie mich nicht gefragt?)

- Ich habe jetzt erst einmal vorausgesetzt, dass das, was hier als Zitat in der Zeitung stand, stimmt.

(Bischoff [SPD]: 100 %!)

Aber selbst wenn Ihr Gedächtnis trügen und das falsch sein sollte: Ist das die versprochene Transparenz und Aufklärungsarbeit? Ist dies der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern? Entspricht „dieses Vorgehen der Linkspartei diesem Koalitionsvertrag“, wie es in der Pressemitteilung des Ministerpräsidenten vom 30.11. nach tagelangem Schweigen in wörtlicher Rede heißt? Urteilen Sie selbst!

Wäre es nicht das Selbstverständlichste auf der Welt gewesen, angesichts der wochenlang immer gleichen vier in der Presse kursierenden Namen ehemaliger Stasi-IMs in der Linksfraktion seitens der Linken oder der SPD - wenn sie es denn gewusst hätte - einfach einmal zu erwähnen, dass Frau Stobrawa in dieser Aufzählung fehlt? Wäre es nicht notwendig gewesen, daran zu erinnern, dass es 1991 die Ehrenkommission gegeben hat, und die damals bekanntgewordenen Ergebnisse öffentlich zu machen, sodass sich die Landtagsabgeordneten aller Fraktionen ein Bild der Kandidatin hätten machen können?

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Oppositionsfraktionen Frau Stobrawa bei der Wahl zur Vizepräsidentin nicht als Person, nicht wegen ihrer Vergangenheit nicht mitgewählt haben, sondern weil wir aus unserem grundsätzlich anderen Demokratieverständnis dieses Amt für die stärkste Oppositionsfraktion eingefordert haben. Es ist klar: Hätte die Mehrheit dieses Hauses der Schaffung eines zweiten Vizepräsidentenamtes zugestimmt, hätten auch wir aufgrund unzureichender Informationen Frau Stobrawa gewählt.

Es war dieses Hinter-dem-Berg-halten mit Informationen durch die Linke vor der Wahl der Vizepräsidentin, die Frau Stobrawa in diesem Amt unhaltbar gemacht hat, und zwar völlig unabhängig von den Erkenntnissen der Birthler-Behörde.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Die neuen Informationen sind dann nur noch das Tüpfelchen auf dem i gewesen. In der bereits zitierten Pressemitteilung vom 30.11. - überschrieben mit „Zu neuerlichen Erkenntnissen über eine frühere Stasimitarbeit von Abgeordneten der Linksfraktion“ - erklärt Ministerpräsident Matthias Platzeck:

„Diese Nachrichten sind Ausdruck eines schmerzlichen, aber notwendigen Prozesses. Dieser Prozess ist Bestandteil des zwischen beiden Regierungsparteien geschlossenen Koalitionsvertrages.“

Soll ich jetzt lachen oder weinen?

(Lachen bei der CDU)

Diese Nachrichten sind mitnichten Ergebnisse des Koalitionsvertrages. Sie sind ein Ergebnis - und ich sage bewusst nicht „Erfolg“, weil es Erfolge gibt, auf die man lieber verzichtet hätte -,

(Vereinzelt Beifall CDU)

das wesentlich der von meiner Fraktion initiierten Debatte zu einer obligatorischen Überprüfung aller Abgeordneten in diesem neuen Landtag zu verdanken ist. Sie sind aber darüber hinaus und in allererster Linie das Ergebnis eines investigativen Journalismus

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

und eines neu entfachten Aufklärungswillens und -interesses in der Medienlandschaft - und ich will hoffen auch der breiten Bevölkerung - an der Auseinandersetzung mit diesem Thema. Sie sind Ergebnis einer funktionierenden vierten Gewalt, für deren Neubegründung die friedlichen Revolutionäre von 1989 auch auf die Straße gegangen sind,

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

einer vierten Gewalt, für deren Existenz wir Abgeordnete aller Fraktionen nicht dankbar genug sein können und die es nicht verdient hat, mit Treibjagden, Kampagnen und Hinrichtungen in Verbindung gebracht zu werden.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Allerdings wissen wir auch aus eigener Erfahrung: Die Presse hat nicht immer Recht.

(Ach! bei der SPD)

Genau wie wir bildet sie sich mitunter ihre Meinung auf der Basis von unvollständigen Informationen, Informationshäppchen, Halbwahrheiten. Nicht jedes Stück Papier ist echt. Und wenn - wie jüngst der Fall - davon die Rede ist, dass nicht das Vorhandensein, sondern das Fehlen von Unterlagen nicht näher spezifizierten Experten Vermutungen über ein fortdauerndes Zusammenwirken des Abgeordneten Dr. Luthardt mit der Stasi nach Ableistung des Wehrdienstes nahelegt, dann bewegen wir uns langsam im luftleeren Raum.

(Beifall der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

Ich warne nochmals eindringlich davor, hier jeden Maßstab zu verlieren. Gerade angesichts der aktuellen Stimmung, in der alle Abgeordneten mit DDR-Biografie in eine Rasterfahndung geraten zu sein scheinen, ist es zwingend erforderlich, zu einem geordneten Verfahren zu finden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Deswegen kann ich auch nur dringend raten, den bereits nach der 1. Lesung in den Ausschuss überwiesenen Gesetzentwurf unserer Fraktion zur Grundlage einer 2. und 3. Lesung eines verbesserten Gesetzes zu nehmen und nicht erst mit einer neuen 1. Lesung weiterer Gesetzentwürfe in der dritten Dezemberwoche Zeit zu verlieren.

Als Fraktion haben wir uns mit Forderungen an die Abgeordneten - Dr. Luthardt ist klar -, ihr Mandat zurückzugeben, bewusst zurückgehalten, auch wenn es uns insbesondere im Fall von Frau Stobrawa schwerfällt, die Unschuldsvermutung aufrechtzuerhalten - angesichts der von der Birthler-Behörde aufgedeckten Aufstiegs historie vom IM zum Sicherungs-IM und weiter zum Ermittlungs-IM. Da wir nicht so recht an Gedächtnislücken glauben können, fordern wir ein geordnetes Verfah-

ren ein. Auch wir finden es inakzeptabel, dass betroffene Abgeordnete und ihre Fraktionskollegen zu Zeitungsredaktionen gehen müssen, um Einsicht in ihre Akten zu nehmen.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Die Salamischeiben-Kultur lehnen wir ab. Auch wir finden es nicht hinnehmbar, dass der Präsident des Landtages die bereits öffentlich zirkulierenden Unterlagen erst im Nachhinein bei der Stasiunterlagenbehörde anfordern muss und möglicherweise nicht bekommt. Falls hier das Stasiunterlagengesetz geändert werden muss, sollten wir dies auch gemeinsam einfordern.

Aber wir appellieren an alle Abgeordneten, das heißt auch an Frau Stobrawa, mit Offenbarungen nicht erst bis zum allerletzten Moment zu warten und darauf zu hoffen, dass belastende Materialien und Beweisstücke vernichtet wurden.

Der Weg von Frau Adolph, sich eine intensivere Durchleuchtung zu ersparen, ist natürlich eine gangbare Alternative, letztendlich aber auch unbefriedigend, wenn man ein Aufklärungsinteresse der breiten Öffentlichkeit zugrunde legt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! „Mit unserer politischen Arbeit wollen wir dazu beitragen, unser Land zusammenzuhalten und noch mehr zusammenzuführen“, heißt es in Ihrer Regierungserklärung. In der Diktion Ihres erklärten Vorbildes Johannes Rau hieß das einst „Versöhnen statt Spalten“. Aber prüfen Sie selbst: Sind Sie diesem Anspruch gerecht geworden?

Mit Blick auf die von Ihnen geforderte Versöhnung sagte Herr Dellmann - ist er da? -,

(Dellmann [SPD]: Ja!)

Sie können ja dann widersprechen - laut Zeitung „PNN“, wörtliches Zitat vom 27.11.:

„Es ist nicht die Zeit, über Versöhnung zu sprechen, solange es bei den Linken keine ehrliche, abgeschlossene Aufarbeitung der Vergangenheit gibt, solange nicht die Ergebnisse der Stasiüberprüfung des Landtages vorliegen.“

Wir Bündnisgrünen haben eine klare Auffassung: Versöhnung setzt Aufklärung voraus. Ohne Aufklärung keine Versöhnung.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Mal abgesehen davon - das haben Sie sehr schön deutlich gemacht, Frau Kaiser -, dass Versöhnung nicht zwischen Organisationen und Institutionen, sondern nur zwischen Menschen erfolgen kann - das ist ein Gedanke, der übrigens allen Versöhnungskommissionen, sei es in Südafrika oder sonstwo, zugrunde liegt -, erfordert dies, dass die Täter zu ihrer Tat stehen und diese auch offenbaren. Nur in Kenntnis dessen, was sich wirklich zugetragen hat, kann man hoffen, dass frühere Opfer verzeihen. Einfordern kann man das nicht.

Der Staatssicherheitsdienst der DDR hatte 91 000 hauptamtliche Mitarbeiter. Jeder hundertste Erwachsene der DDR war hauptamtlich dort beschäftigt. Das ist ein Weltrekord, der nicht einmal von Albanien überboten wurde.

189 000 Menschen waren als IM in allen Schattierungen geführt. Das war ungefähr jeder fünfzigste Erwachsene.

Aber IM zu sein war nichts Normales. Es blieb etwas Besonderes im negativen Sinne. Es waren eben nicht 10 %, 15 % oder gar 30 % der Bevölkerung Stasi-IM, wie man beim Blick auf eine Fraktion dieses Hauses vermuten könnte.

(Lachen bei der CDU)

IM hatten in der Bevölkerung kein hohes Ansehen. Man wollte mit ihnen nichts zu tun haben. Ein IM offenbarte sich nicht in seinem Freundeskreis, ja nicht einmal gegenüber seiner Lebensgefährtin, wie wir seit dem Fall Wollenberger wissen.

Das beste Mittel der Stasi, um einen politischen Gegner von seinen Freunden zu isolieren, war daher, das Gerücht in die Welt zu setzen, bei XY handele es sich um einen Stasispitzel.

Wer Versöhnung will, muss daher als Allererstes klarstellen, dass Spitzelei nichts Normales ist. Wer Aufklärung und Versöhnung will, muss aber auch deutlich machen, dass die DDR nicht von IMs, diesem Heer von Befehlsempfängern der niedrigsten Stasikategorie, deren Entlohnung häufig genug aus Taschengeld und Ruhla-Uhren bestand, geführt wurde. Über dem IM stand der hauptamtliche Führungsunteroffizier, über diesem der Offizier. Aber alle unterstanden der Partei. Das MfS verstand sich als „Schutz und Schild der Partei“, nicht als eine dem Gemeinwohl der DDR-Bürger verpflichtete Wohlfahrtseinrichtung.

Es ist eine völlige Verharmlosung des DDR-Systems, es ist letztendlich geschichtliche Verklärung, wenn seit einiger Zeit nur noch auf die untersten Befehlsempfänger mit dem Finger gezeigt wird, die gesamte SED-Nomenklatura und deren Freunde in der Nationalen Front aber außen vor bleiben.

(Allgemeiner Beifall)

Versöhnung setzt Erinnerung voraus. Das haben Sie auch gesagt, Herr Ministerpräsident. Dies bedeutet den politischen Auftrag an uns alle, bei den nachrückenden Generationen in Erinnerung zu halten, wie die SED-Diktatur funktionierte und welche menschlichen Kosten sie verursachte, um so unseren Beitrag zu leisten, dass ein nochmaliges Aufleben des damaligen real existierenden Sozialismus in welcher Farbgebung auch immer nicht mehr möglich wird. Deswegen ist uns auch die Bildung einer Enquetekommission zur Aufarbeitung dieser Zeitenwende ein Anliegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Tagen geisterte die Forderung nach Neuwahlen durch den Raum. Wir halten dies für einen Irrweg.

Die vergangenen Tage und Wochen zeigen erstmals ein riesiges Interesse an einer politischen Aufarbeitung des Themenkomplexes Staatssicherheitsdienst. Wir haben eine geradezu extreme Aufklärungssituation, die wir positiv zur Stärkung unserer politischen Kultur verwenden können. Dazu gehört aber grundlegend die Bereitschaft, Differenzierungen auch zuzulassen und auf Holzhammer rhetorik zu verzichten. Mit Neuwahlen würde dieser Prozess abrupt gestoppt. Wir würden in einen Wahlkampf schlittern, der nur von einem Thema beherrscht wird: Stasi, Stasi, Stasi.

Heraus käme dabei wahrscheinlich nicht einmal die von den Neuwahlbefürwortern gewünschte Mehrheit.

Alle Zukunftsthemen, die der Landtag in den nächsten fünf Jahren in Angriff nehmen müsste, würden im Wahlkampf unter den Tisch fallen. Bis zur Neuwahl würde eine Regierung, die sich gerade mühsam erst einmal ihre Regierungsfähigkeit erarbeiten muss, in lähmende Agonie verfallen. Dies wollen wir dem Land nicht zumuten.

Die Wähler haben diesen Landtag gewählt. Rot-rot hat diese Regierung gebildet. Jetzt trägt rot-rot, jetzt tragen Sie auch die Hauptverantwortung dafür, dass die versprochene politische Neuausrichtung in diesem Land stattfindet. Sie haben Ihren Beitrag dafür zu leisten, dass das Land und die politische Kultur in Brandenburg in der lange überfälligen und jetzt endlich angestoßenen Debatte keinen Schaden nehmen, sondern gestärkt daraus hervorgehen.

Wir werden nicht dazu beitragen, dass Sie sich mit Neuwahlen dieser Verantwortung entledigen können.

Oppositionsarbeit setzt die Existenz einer Regierung voraus.

(Lachen bei der CDU)

Wir Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben diese Oppositionsaufgabe angenommen. Wir können nicht auch noch für Sie die Regierung übernehmen.

(Lachen bei der CDU - Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Wir wollen, dass in diesem Land endlich wieder Regierungshandeln stattfindet. Also: Fangen Sie an!

(Beifall GRÜNE/B90, CDU, SPD sowie DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur zweiten Runde dieser Debatte. Ich weise noch einmal darauf hin: Sobald die gelbe Lampe blinkt, haben Sie jeweils noch eine Minute Redezeit.

Wir setzen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Der Abgeordnete Dombrowski spricht.

Dombrowski (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat in seinem Vortrag eine denunziatorische Diskussion und das niedrige Niveau der Diskussion beklagt. Er hat eine zweite Chance für Täter eingefordert. Ich frage: Wo bleibt die erste Chance für die Opfer nach 19 Jahren Landesregierung Brandenburg?

(Beifall CDU)

Der Ministerpräsident hat sich bemüht, wie andere Redner auch, das Thema der entdeckten Stasitätigkeiten in der Fraktion DIE LINKE auf die Fälle Hoffmann und Adolph zu beschränken. Ich komme dazu noch einmal. Er hat - das finde ich wichtig - im Gegensatz zu anderen Meinungsäußerungen aus seiner Partei, der SPD, eingeräumt, dass es seit 1990 keine systemati-

sche Überprüfung des Landtages Brandenburg gegeben hat. Herr Ness, der nach mir noch sprechen wird, hat dies erst vor zwei Tagen anders dargestellt, nämlich dass es 1995 und auch 1999 solche Überprüfungen gegeben habe. Der Ministerpräsident war schon früher im Landtag. Von daher war er an dieser Stelle auch wirklich besser informiert.

Der Ministerpräsident hat erklärt, das Geheimnis der Versöhnung heiße Erinnerung. Ja, Herr Platzeck, da haben Sie Recht. Das Problem ist aber, dass sich viele nicht erinnern wollen, nicht erinnern können oder sich erst dann erinnern, wenn ihnen auf die Sprünge geholfen wird. Ich halte es jedenfalls für anmaßend, dass sich noch weitere Redner darüber beschwert haben, dass die Presse eine Aufgabe wahrnimmt, die ihr im demokratischen Rechtsstaat ausdrücklich zukommt, nämlich auf Missstände hinzuweisen, auch wenn sie den Betreffenden nicht gefallen. Das sind einmal die einen und einmal die anderen. An dieser Stelle war es jedenfalls sehr wichtig.

Der Ministerpräsident hat von Philistertum gesprochen. Er hat mich da direkt angesprochen.

(Ministerpräsident Platzeck: Ich habe Pharisäer gesagt!)

- Ja, Philister, Pharisäer, Sie haben Verschiedenes gebraucht.

Auch wenn es Ihnen vielleicht nicht gefällt: Ich habe nie zu denen gehört und werde nie zu denen gehören, die 17 Millionen DDR-Bürger, einschließlich 2,4 Millionen SED-Mitglieder und mehrere Hunderttausend Mitglieder der Blockparteien, dafür verurteilt werden, dass sie dort gelebt oder dort mitgemacht haben. Jeder, der in der DDR gelebt hat, weiß, dass auch in der SED nicht 2,4 Millionen Schweinehunde waren. Wer das nicht selbst nachvollziehen konnte, der kann das auch in Berichten von „IM Marisa“ nachlesen, in denen darüber berichtet wurde, was andere SED-Mitglieder über den Chef der SED-Kreisleitung gesagt haben. Daran kann man sehen, dass auch innerhalb der SED Leute sehr wohl verstanden hatten, dass ihre Führungskader ein unrühmliches, ein mieses Spiel trieben. Dass sie dennoch mitgemacht haben, werfe ich ihnen nicht vor, denn wenn man in einer Diktatur lebt, muss man sich - wenn auch nicht zwangsläufig - irgendwie einrichten. Wer Karriere machen wollte, der hat mitgemacht. Von daher kann man nicht erwarten, dass 17 Millionen DDR-Bürger 17 Millionen Helden waren.

Auch denen, die sich in Parteien engagiert haben, aus unterschiedlichsten Gründen, möchte ich nicht andichten, dass sie deswegen alle krumme Hunde waren, sondern es sind auch viele ehrliche Menschen dabeigewesen. Das betrifft im Übrigen auch die Blockparteien. Die CDU hat keinen Grund, sich von ihrer Geschichte, sowohl der Gründung in ganz Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg als auch der Abspaltung in der DDR, zu distanzieren. Wir stellen uns dem. Ich habe es letztens schon gesagt: Unmittelbar nach der Wende, im Frühjahr 1990, haben der damalige Landesvorsitzende Lothar de Maizière und ich als Schatzmeister auf alles bekannte und unbekannte Vermögen aus DDR-Zeiten verzichtet. Das haben Sie nie gemacht, hätten Sie nie machen können, sonst wären Sie Millionen losgeworden.

Meine Damen und Herren, wer die Geschichte der CDU, auch der DDR-CDU, verfolgen möchte, der kann sich gerade hier in Potsdam darüber informieren, unter welchen Umständen der

erste Landesvorsitzende der CDU Wolf zu Tode gekommen ist. Tun Sie es doch einfach!

(Beifall CDU)

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Ich habe in den zehn Jahren hier im Landtag kein einziges Mal in der Debatte die Linke, die PDS angegriffen, weil sie früher die SED war. Ich habe mich immer um Sachlichkeit bemüht, und ich weiß, dass auch der eine oder der andere in der PDS-Fraktion, in der Fraktion DIE LINKE, wie sie jetzt heißt, dies ausdrücklich gewürdigt hat. Es gibt eben nicht nur schwarz und weiß. Der Kollege Woidke sprach von medialer Hinrichtung von Abgeordneten. Lieber Dietmar Woidke, das, was du vorgetragen hast, ist unter deinem Niveau geblieben; denn du hast kein Wort für die Opfer gefunden. Das finde ich schade.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, hier wird immer von zwei Fällen gesprochen. Der Fall des Kollegen Luthardt wird so dargestellt, dass er ja seinen Wehrdienst geleistet habe usw., das sei ja alles nicht so schlimm. Ja, es ist nicht schlimm. Nur, Kollege Dr. Luthardt, stehen Sie doch dazu! Stehen Sie doch dazu, dass Sie im Mai 1978 Ihre Verpflichtungserklärung unterschrieben haben,

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

die lautete:

„Ich verpflichte mich, alle meine Kräfte und Fähigkeiten einzusetzen, um die ehrenvollen Pflichten und Aufgaben eines Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit zu erfüllen.“

Das können Sie doch tun. Es ist doch nichts dabei. Sie waren hauptamtlicher Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. So ist das.

(Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Wenn das so ist, dann können Sie auch sagen, dass Sie die Verpflichtungserklärung unterschrieben haben. Von daher reden wir eben nicht nur von IMs, sondern wir reden auch von den Hauptamtlichen.

Es geht nicht zuallererst um die Frage, ob die Linkspartei die Gesamtschuld für die Entwicklung der DDR tragen muss, sondern es geht um Aufrichtigkeit hier im Landtag. Man kann von Leuten - das finde ich jedenfalls -, die über Jahre ihr eigenes Tun verschwiegen haben, die andere getäuscht und betrogen haben, nicht erwarten, dass sie ehrliche Politik machen. Das gehört aufgearbeitet, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die SPD-Fraktion. Der Abgeordnete Ness spricht.

Ness (SPD): *

Sehr geehrter Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wahrscheinlich ist das heute die wichtigste Debatte

te, die im Brandenburger Landtag in den letzten Jahren stattgefunden hat. Es geht um die Vergangenheit, es geht um unsere Gegenwart, es geht aber auch um die Akzeptanz von parlamentarischer Demokratie überhaupt in unserer Gesellschaft. Ich glaube, dass es um noch viel mehr geht als nur um das Stasithema, das heute hier im Mittelpunkt steht. Es geht auch darum, ob Wahlergebnisse akzeptiert werden können

(Oh! bei der CDU)

und ob Regierungsbildungen akzeptiert werden können.

Heute reden wir hier über das Thema Vergangenheitsaufarbeitung, wir reden über die Opfer der Staatssicherheit, wir reden über Täter, wir reden darüber, wie wir als Parlament damit umgehen. Wir werden im Dezember ein Abgeordnetengesetz verabschieden, mit dem klar festgelegt wird, dass alle Abgeordneten dieses Landtages in einem ordnungsgemäßen Verfahren überprüft werden. Wir werden eine Kommission einsetzen, die Empfehlungen aussprechen wird, wenn es Informationen gibt, die es rechtfertigen, dass Abgeordnete diesem Haus nicht mehr angehören sollten. Ich glaube, dass das ein geordnetes und sinnvolles Verfahren ist, dem sich übrigens die SPD-Fraktion 1999 unterzogen hat. Wenn Herr Dombrowski heute kritisiert, dass das in der Vergangenheit nicht geschehen ist, dann will ich ihn daran erinnern, dass die letzten zehn Jahre die CDU mit uns gemeinsam eine Regierung gebildet hat. Ich habe an den Koalitionsverhandlungen 2004 teilgenommen. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es eine Initiative der CDU gab, eine Stasiüberprüfung durchführen lassen zu wollen. Wir alle hier in diesem Parlament müssen zu unserer gemeinsamen Verantwortung stehen. Seit 1990 hat es keine Stasiüberprüfung gegeben. Sie ist weder von der CDU noch von meiner Fraktion beantragt worden.

(Frau Prof. Dr. Wanka [CDU]: 1991!)

Das war ein Versagen; deshalb müssen wir das jetzt ändern. Aber da sollten wir uns auch nicht gegenseitig die Schuld zuschieben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wenn wir jetzt aber über die Bildung dieser Regierung reden,

(Zuruf der Abgeordneten Prof. Dr. Wanka [CDU])

dann sollten wir uns alle erst einmal das Wahlergebnis in Erinnerung rufen. Das Wahlergebnis sah so aus, dass die SPD wie auch 2004 stärkste Fraktion geworden ist, dass die Linke wie auch 2004 zweitstärkste Fraktion geworden ist und die CDU mit weniger als 20 % auf Platz drei gelandet ist. Danach hat es Sondierungsverhandlungen gegeben. Die SPD hat es sich nicht leichtgemacht, eine neue Regierung zu bilden und eine Entscheidung zu treffen.

(Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Wir haben uns dann aus inhaltlichen Gründen dafür entschieden, eine Regierung mit der Linken zu bilden. Unmittelbar nach dieser Entscheidung, bevor einer der Stasifälle, über die wir heute diskutieren, öffentlich geworden ist, erklärte der damalige Bundesinnenminister, der Verfassungsminister der Bundesrepublik Deutschland, diese Regierungsbildung zu einer

Regierungsbildung der Schande. Ich glaube, dass das auch etwas ist, was die Demokratieakzeptanz hier in Brandenburg und in Ostdeutschland infrage gestellt hat. Er hat nämlich 400 000 Wählern der Linkspartei in diesem Land, 100 000 mehr, als die CDU erreicht hat, mitgeteilt, dass sie eine Partei der Schande gewählt haben, die eigentlich nie mitregieren darf.

Ich glaube, was die CDU in diesem Hause wirklich überdenken muss, ist, ob sie dauerhaft 30 %, in bestimmten Regionen unseres Landes 40 %, der Wählerinnen und Wähler ausgrenzen will, außerhalb unseres demokratischen Spektrums stellen will. Das tun Sie gerade. Das geht nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Prof. Dr. Wanka [CDU])

Wenn Sie es praktisch sehen, dann machen Sie das vor allem auf regionaler Ebene ganz anders. Darauf hat der Ministerpräsident hingewiesen.

(Zuruf der Abgeordneten Prof. Dr. Wanka [CDU])

Sie sind auch noch bigott.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich glaube, wenn wir diese Diskussion umfassend führen wollen, dann müssen wir das Stasithema aufarbeiten, dann müssen wir das Thema der DDR-Vergangenheit aufarbeiten. Wir müssen aber auch darum werben, Menschen für Demokratie zu gewinnen. Was ich aufseiten der Opposition - ich nehme die Grünen ausdrücklich aus - feststelle, ist, dass ein Teil der ostdeutschen Gesellschaft dauerhaft ausgegrenzt, ihr Wahlverhalten nicht akzeptiert werden soll und jedenfalls nicht bei demokratischer Regierungsbildung mit einbezogen werden darf, weil Teile von Mitgliedern eine problematische Vergangenheit haben. Das ist nicht akzeptabel. Das geht so nicht. So werden wir den Zusammenhalt in unserer demokratischen Gesellschaft in Brandenburg nicht hinkriegen.

(Zurufe der Abgeordneten Prof. Dr. Wanka und Senftleben [CDU])

Ich bitte Sie, dass wir das gemeinsam überdenken und zu einem vernünftigen, demokratischen Miteinander zum Wohl des Landes Brandenburg über alle Parteien hinweg kommen. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die FDP-Fraktion. Es spricht die Abgeordnete Teuteberg.

Frau Teuteberg (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Während im Landtag von Thüringen heute mit einem Festakt der Besetzung der Stasibezirksverwaltung in Erfurt vor 20 Jahren gedacht wird, steht hier im Landtag Brandenburg wieder einmal die Frage nach der Vergangenheit und Glaubwürdigkeit einiger Abgeordneter auf der Tagesordnung. So traurig es ist: Da ist er wieder, der Brandenburger Weg. Was dort Anlass für einen Festakt des Landtages ist, bleibt bei uns wieder bürger-

schaftlichem Engagement überlassen. Aber das gibt es ja zum Glück. Allen, die sich dafür interessieren, empfehle ich, morgen in die Potsdamer Lindenstraße zu gehen, wo auch für Brandenburg dieses Ereignisses gedacht wird.

(Beifall FDP und CDU)

Und ich muss schon sagen, Herr Ness, Sie können Regierungen bilden, wie Sie wollen, Koalitionen auf der Grundlage von Wahlergebnissen, das ist alles okay. Aber prüfen Sie erst einmal Ihren Zugang zu dem Thema und zu der Verantwortung! Nachdem Sie in der Vergangenheit immer von „Außenstellen“ gesprochen haben, die es nicht gibt, haben Sie diese Woche „Überprüfungen“ behauptet, die es im Landtag Brandenburg 1999 und 2004 nicht gab. Manchmal sollte man innehalten, bevor man zum Thema weiterredet.

(Beifall FDP und CDU)

Die neu bekannt gewordenen Fälle von Stasiverstrickungen sind mehr als nur Einzelfälle von verdrängter Vergangenheit. Sie zeigen bestürzend deutlich, wie sehr es sich heute, bald 20 Jahre nach dem Ende der DDR, rächt, dass wir in Brandenburg keine glaubhafte Aufarbeitung unserer Geschichte betrieben haben. Die Situation, wie wir sie heute vor uns haben, ist nicht als unvorhersehbare Naturkatastrophe über uns gekommen. Nein, der Punkt, an dem wir heute stehen, ist ein Punkt am Ende einer Reihe von Versäumnissen in Brandenburg. Darüber kann man auch ohne Schaum vor dem Mund einmal seinen Unmut äußern und sagen, dass man nicht damit zufrieden ist, wie das in Brandenburg gelaufen ist.

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90)

Ja, es muss einmal gesagt werden, Herr Ministerpräsident: Man kann auch ohne Schaum vor dem Mund bei diesem Thema zu anderen Schlussfolgerungen kommen, als Sie es tun. Die Kritik an den Versäumnissen beginnt zum einen damit, dass wir 1991 diese letzte Stasiüberprüfung mit damals natürlich noch sehr unzureichend erschlossenem Datenbestand hatten, mit einer sehr fragwürdig besetzten Kommission und vielem anderen, was man kritisieren kann.

(Krause [DIE LINKE]: Wer hat denn Anfang der 90er Jahre regiert?)

In der 2. Legislaturperiode gab es den Verzicht auf die Überprüfung und den Beschluss, auf die Regelanfrage im öffentlichen Dienst zu verzichten. Die „FAZ“ hat damals treffend geschrieben: Brandenburg macht sich damit zum gelobten Land für Belastete. - Es gipfelt darin, dass wir hoffentlich noch im 20. Jahr nach der friedlichen Revolution endlich einen eigenen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur bekommen. Obwohl man offenbar auch Zweifel haben kann, wie schnell das gehen wird.

Tatsächlich ist die politische Kultur in unserem Land in Gefahr, wenn wir dem Irrtum unterliegen würden, Aufklärung und glaubwürdige Aufarbeitung ließe sich auf die Frage reduzieren: Wer war IM und wer nicht, wer war für die Stasi tätig und wer nicht? - Es geht nicht darum, mit dem Finger auf Einzelne zu zeigen und zu sagen: Du warst dabei und du nicht. - Es geht darum zu klären, wie so ein Apparat funktionieren konnte. Richtig ist aber, dass die heimliche Zusammenarbeit mit dem MfS

kein Kavaliersdelikt war. Sie hat dazu beigetragen, dass es überhaupt ein Klima der Angst und Denunziation geben konnte. Vermeintlich banale private Informationen waren für die Stasi nützlich. Sie waren meistens der Schlüssel für Zersetzungsmaßnahmen und haben geholfen, ein Klima der Angst zu schüren.

Zur Aufarbeitung gehört aber mehr als das Wissen um die Namen derer, die mit ihrem Tun den Unrechtsstaat getragen haben. Dazu gehört ein aufgeklärter und aufrichtiger Umgang mit der DDR-Vergangenheit insgesamt. Dazu gehört es auch, bei den nachrückenden Generationen die Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Erinnerung zu halten. Und dazu gehört zuerst und vor allem, die Opfer zu hören, angemessen zu würdigen sowie ihr Leid und ihre Leistungen anzuerkennen.

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90)

Wir erleben hier derzeit einen schmerzhaften Prozess. Ich möchte das einmal ganz persönlich sagen, auch wenn ich aufgrund meines jungen Alters diesbezüglich wenig Befürchtungen haben muss. Ich merke, wie angespannt die Atmosphäre und menschlich schwierig das hier ist. Aber deshalb ist dieser Prozess nicht weniger notwendig. Nichts wäre schlimmer für die politische Kultur in unserem Land, als wenn wir nach einer möglichst raschen Überprüfung aller Abgeordneten dieses Landtages, nach womöglich weiteren Enttarnungen und neuen Enttäuschungen politischen Schaden zwar bedauern, dann aber zum Tagesgeschäft zurückkehren. Ich hoffe deshalb sehr, dass diese schlimme Entwicklung, die wir in den letzten Tagen erlebt haben, zu einem echten Wendepunkt führt, zu mehr Ernsthaftigkeit im Umgang mit der Vergangenheit. Ich sage das sehr bewusst als eines der jüngsten Mitglieder dieses Hauses. Ich habe als junge Heranwachsende in den 90er Jahren vieles von diesem Brandenburger Weg mit Unbehagen wahrgenommen.

(Krause [DIE LINKE]: Da waren Sie 12 oder 13!)

- Wissen Sie, jeder hat hier das legitime Recht auf seine Meinung. Sie können Ihre sagen. Ich habe das durchaus wahrgenommen.

Solche Zitate, egal wie Sie gemeint waren, zum Beispiel von Herrn Bräutigam zum DDR-Schlussgesetz, es müsse deutlich werden, dass Loyalität auch in einem Unrechtssystem nicht grundsätzlich als verwerflich anzusehen sei, haben mir Bauchschmerzen bereitet. Ich frage mich: Wie will man da jungen Menschen Zivilcourage beibringen?

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90)

Das scheint mir ein symptomatischer Ausspruch gewesen zu sein; denn wie will man Zivilcourage beibringen, wenn man nicht eigene Fehler aufarbeitet? Ohne Einzelne angreifen zu wollen, ist dieser Brandenburger Weg für mich ein Irrweg. Frau Kaiser, entgegen dem, was Sie angedeutet haben, war er ja nicht der Weg der Bürgerrechtler. Nein, er war nicht einmal der Weg der Mehrheit, geschweige denn aller Bürgerrechtler. Er hat für Bündnis 90 hier im Landtag zu einer großen Zerreißprobe geführt. Insofern gab es schon damals sehr unterschiedliche Vorstellungen zum Umgang mit der Vergangenheit.

Beim Festakt in der Nikolaikirche zum 20. Jahrestag der friedlichen Revolution haben wir alle eine beeindruckende Rede

von Władysław Bartoszewski, dem ehemaligen polnischen Außenminister, gehört. Eines seiner Bücher heißt „Es lohnt sich, anständig zu sein“. Wenn Władysław Bartoszewski das sagt nach seinen Erfahrungen mit zwei Diktaturen, mit der nationalsozialistischen und mit der kommunistischen, dann muss es stimmen. Der Brandenburger Weg indes hat mich und, ich glaube, vor allem viele Opfer öfter einmal daran zweifeln lassen, dass das so ist.

(Beifall FDP und CDU)

Auch heute frage ich mich, ob wir gerade den jungen Menschen genügend deutlich machen, dass sich Anstand und Zivilcourage lohnen, auch in Brandenburg. Schwerpunkt der Debatte in Brandenburg war viel zu lange, dass Täterschaft ja nicht zu viel Schaden für die Karriere im öffentlichen Dienst oder gar in der ersten Reihe hier in der Landespolitik von Brandenburg bedeuten darf.

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90)

In Brandenburg müssen wir endlich viel mehr über die vielen Menschen reden, die anständig geblieben sind, auch in 40 Jahren.

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90)

Was aber anständig ist, das sagt einem immer das eigene Gewissen und nicht irgendeine Parteidoktrin oder ein sonstiger Zwang. Das gilt für uns genauso wie für alle Bürgerinnen und Bürger von Brandenburg. Der Umgang mit der DDR-Geschichte ist noch immer viel zu sehr geprägt durch die Sichtweisen derjenigen, die das System selbst erlebt haben, die in irgendeiner Form betroffen waren und deren Befindlichkeiten heute noch bedient werden. Dazu möchte ich zweierlei sagen:

Erstens: Politik ist nicht nur Aufnehmen und Bedienen vorhandener Befindlichkeiten und Stimmungen. Politik ist Meinungsbildung und Führung. Deshalb ist es unsere Pflicht, uns damit auseinanderzusetzen. Das wäre es selbst dann, wenn es in der Bevölkerung eine Mehrheitsmeinung für einen Schlussstrich gäbe. Ich nehme zwar eine andere Stimmung wahr, aber unabhängig davon ist es unsere Aufgabe, hier die richtigen Fragen zu stellen, auch unangenehme Fragen. Dafür ist das Parlament der richtige Ort.

Zweitens und vor allem: Irgendwann wird aber der Charakter der DDR als Unrechtssystem von der Geschichtsschreibung unabhängig von der Sichtweise derer gesehen werden, die diesen Unrechtsstaat selbst aktiv miterlebt haben. Dann wird sich zeigen, dass der Umgang, den wir hier in Brandenburg mit diesem Thema in den letzten Wochen und auch Jahren erlebt haben, wenig zukunftsgerichtet ist. Daran, wie wir heute als Volksvertreter mit dieser Vergangenheit umgehen, werden wir auch in Zukunft gemessen werden. Und je weiter die DDR zurückliegt, desto unglaublicher wird es, nicht zur eigenen Vergangenheit zu stehen. Diesen Standpunkt lasse ich mir nicht nehmen, auch wenn ich selbst die DDR nur einige Jahre als Kind erlebt habe. Eine angemessene Beurteilung eines Systems ist auch denen möglich, die selbst aufgrund des Lebensalters noch nicht in die schwierigen Situationen gekommen sind. Anderenfalls würde man auch zu anderen geschichtlichen Epochen jungen Menschen absprechen, sich aufgrund von Fakten und Zeitzeugengesprächen eine Meinung bilden zu können.

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90)

In der Regel braucht es immer auch die Sichtweise nachrückender Generationen, um überhaupt erst zu einer angemessenen Bewertung zu kommen. Mit sehr viel Besonnenheit und Augenmaß sage ich: Unser 68 kommt nicht irgendwann oder nie. Es hat gerade eben in Brandenburg begonnen, hier und heute.

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Gerade aus der Sicht der jungen Generation sage ich deshalb: Endlich ist die Aufarbeitung auf der Tagesordnung, nicht nur symbolhaft, sondern, so schmerzhaft es ist, mit allen Auswirkungen und Konsequenzen. Es muss ernsthafter um dieses Thema gehen. Es geht nicht darum, Biografien abzuwerten oder Einzelnen Lernfähigkeit abzusprechen. Dann wäre vieles, was wir im Hinblick auf die letzten 20 Jahre erreicht haben, hinfällig. Das ist es aber nicht. Es wurde viel erreicht in den 20 Jahren nach dem Mauerfall.

Aber es wurde eben auch einiges versäumt. Wenn wir jetzt nicht alles dafür tun, dass die Geschichte der DDR-Vergangenheit glaubwürdig aufgearbeitet wird, dann nutzen uns auf Dauer auch andere Erfolge, so wichtig und aner kennenswert sie sein mögen, wenig und werden gleichsam relativiert. Worum es heute geht, ist, diesen Wendepunkt ernst zu nehmen und dafür zu nutzen, diese neue Ernsthaftigkeit umzusetzen. Es geht um Aufrichtigkeit, um klare Kriterien, die für alle gelten, die überprüft werden, und eine echte Aufarbeitung ermöglichen.

Versöhnung setzt voraus, dass wir nicht nur mit denen reden, die Unrecht verursacht haben, sondern vor allem mit denen, die Unrecht erleiden mussten und deren Vertrauen missbraucht wurde.

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Wer neu anfangen will - tatsächlich hat jeder das Recht, neu anzufangen -, der muss vorher glaubhaft darlegen, womit er denn abgeschlossen hat.

Meine Damen und Herren, um mit Worten von Richard Schröder zu sprechen:

„Die halbe Wahrheit ist immer noch eine Lüge.“

Wer Regierungsverantwortung übernimmt, der muss diese Verantwortung unter Beweis stellen und vorher darlegen, womit er abgeschlossen hat. Offenbar hat sich die SPD auf einen Partner eingelassen, der dieser Verantwortung nur in Teilen gerecht wird.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Der Umgang in den letzten Wochen mit immer neuen Stasifällen beweist, dass die Bekenntnisse, wie sie im Koalitionsvertrag niedergeschrieben sind, nicht viel wert sind, wenn sie nicht mit Leben gefüllt werden. Was Sie als Regierungskoalition dort gefordert haben, nämlich den offenen und kritischen Umgang mit früheren Fehlern und die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht, sollte schleunigst angegangen werden, und zwar - um eine letzte Bemerkung zu machen - mit der Bundesbeauftragten und nicht gegen sie. Manche in diesem Haus scheinen in diesem Zusammenhang wieder einmal zu vergessen, dass die Existenz und Arbeit der Bundesbeauftrag-

ten auf den Willen der letzten und zugleich ersten frei gewählten Volkskammer zurückgehen. Die Volksvertreter selbst haben dieser Behörde den Auftrag für ihre Arbeit erteilt. Da kann man ihre unabhängige Arbeit nicht nur deshalb kritisieren, weil sie für einige im Einzelfall höchst unangenehm wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal die Linksfraktion. - Die Abgeordnete Kaiser verzichtet. Somit erhält das Wort wieder die FDP-Fraktion, die noch fünfeinhalb Minuten hat und sich überlegt, ob ein oder zwei Redner sprechen.

Büttner (FDP): *

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich schaffe die fünf Minuten durchaus alleine. - Wir haben in der Diskussion heute gemerkt, dass sich Brandenburg in einer schwierigen Situation befindet. Anstatt dass sich das Hohe Haus mit den wichtigen inhaltlichen Fragen, die die Menschen in diesem Land bewegen, beschäftigen kann, anstatt dass sich die Regierung um die Gestaltung dieses Landes kümmert und Zukunftsperspektiven für alle Brandenburger eröffnet, anstatt dass Landtag und Landesregierung gemeinsam in dem Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Menschen über die besten Konzepte streiten - Herr Ministerpräsident, Aufgabe der Opposition ist es nicht, der Landesregierung das Leben schwer zu machen, Aufgabe der Opposition ist es, Ihnen, der Landesregierung und den Regierungsfractionen, einen anderen Weg zu zeigen, der aus unserer Sicht vielleicht der bessere Weg ist, um dieses Land vorwärts zu bringen -,

(Beifall FDP)

erleben wir ein Trauerspiel, das seinesgleichen in der Geschichte der Bundesrepublik seit 1989 sucht. Die Landesregierung ist de facto gelähmt und handlungsunfähig, meine Damen und Herren. Sie sitzt wie das Kaninchen vor der Stasi-Schlange und vor immer neuen Enttarnungen von IMs. Wie erleben Abgeordnete, die die Menschen in diesem Land und dieses Hohe Haus über Jahre hinweg über wesentliche Teile ihrer Biografien nicht informiert haben. Verschweigen ist in diesem Falle Betrug, meine Damen und Herren.

Wir erleben - Frau Prof. Wanka hat es vorhin gesagt -, dass getarnt, getrickst, getäuscht und nur das zugegeben wird, was ohnehin bekannt ist. Wir haben in der vergangenen Woche erlebt, dass der Ministerpräsident dieses Landes mit düftigen Erklärungen kam und erst dann aktiv wurde, als die Opposition in diesem Haus ihn gemeinsam zu einer Erklärung drängte. Die heutige Sitzung, meine Damen und Herren, findet doch nicht statt, weil die Landesregierung oder die Fraktionen der SPD und DIE LINKE sie gewollt haben. Diese Sitzung findet statt, weil die Opposition ihre Verantwortung für Wahrheit und Aufklärung wahrnimmt.

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90)

Herr Ministerpräsident, Sie sind ein Getriebener der Geister, die Sie riefen und nun nicht mehr loswerden.

Dann höre ich im Radio von Ihnen, sehr geehrter Herr Ness, dass es interessierte politische Kreise und Journalisten seien, die nun die Biografien der Abgeordneten genauer anschauen. Im Untergrund schwingt mit, dass das aus Ihrer Sicht unangemessen ist. Herr Dr. Woidke hat es in seiner Rede noch einmal bestätigt. Sie legen damit offen, dass Sie das selber eigentlich gar nicht wollen. Das ist doch kein Umgang mit der jüngsten Geschichte, mit der jüngsten Vergangenheit in diesem Land! Das ist der verzweifelte Versuch, eine Koalition zu retten, die in Wahrheit schon wenige Wochen nach ihrem Start vollends gescheitert ist.

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90 - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, viele Menschen in Brandenburg fragen sich, warum das gerade hier passiert. Wir haben es vorhin gehört. Natürlich liegt es auch daran, dass seit Anfang der 90er Jahre eben keine Überprüfungen durchgeführt wurden. Deswegen ist es so notwendig, dass wir endlich ein Gesetz verabschieden, das die Regelüberprüfung der Mitglieder des Landtages auf eine frühere Tätigkeit beim MfS vorsieht. Aus meiner Sicht ist es auch notwendig, in diesem Gesetz festzuschreiben, dass Mitgliedern des Landtages ihr Mandat aberkannt werden kann, wenn sie eine Tätigkeit für das MfS verschwiegen haben.

Schaden von diesem Land abzuwenden bedeutet auch, dass diejenigen, die für das MfS gearbeitet haben, nicht länger schweigen, sondern sich zu ihrer persönlichen Schuld bekennen und vor allem die Konsequenzen daraus ziehen. Wenn Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden wollen, dann legen Sie endlich Ihr Mandat nieder. Sie sind hier, weil die Menschen Ihnen vertraut haben. Dieses Vertrauen haben Sie größtenteils missbraucht.

Noch eines, Herr Ministerpräsident, weil es in Ihrem Koalitionsvertrag steht und Sie es in Ihrer Regierungserklärung am 18.11.2009 auch gesagt haben: Die Menschen in Brandenburg und in der gesamten damaligen DDR haben mit Sicherheit keinen Gedanken daran verschwendet, dass sich die SED zu einer demokratischen Partei in einem pluralistischen System wandeln sollte.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Woher wissen Sie das?)

Die Menschen in der DDR sind auf die Straße gegangen, um dieses Regime loszuwerden. Das Schicksal der SED war ihnen ziemlich egal.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung am 18. November 2009 ausgeführt:

„Beide Partner dieser Regierung haben sich gemeinsam für das Prinzip Verantwortung entschieden.“

Zum „Prinzip Verantwortung“ gehört auch die Übernahme von Verantwortung. Das Abschieben der Verantwortung allein auf zwei Abgeordnete - wie Sie das vorhin getan haben - entbindet Sie, Herr Ministerpräsident, nicht von dieser Verantwortung. Sie haben es zugelassen, dass Brandenburg von dieser Koalition - unter Beteiligung von Mitarbeitern der Staatssicherheit, von Menschen, die andere Menschen systematisch ausspioniert

und sie damit der Verfolgung durch das staatsdiktatorische System der SED ausgesetzt haben - registriert wird.

Das Ministerium für Staatssicherheit war der Arm oder - in der damaligen Terminologie - das Schild und Schwert der alles beherrschenden SED. Die Mitarbeiter des MfS waren - auf welcher Ebene auch immer - die Handlanger des diktatorischen Regimes der SED und haben systematisch in das Leben der Menschen eingegriffen. Die Perfidie dieses Systems wurde nie tiefgründig untersucht. Die Aufarbeitung dieser Diktatur bedarf noch eines langen Weges, den wir endlich zu gehen haben. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU sowie vereinzelt GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, die Rednerliste ist hiermit erschöpft. Der Abgeordnete Dr. Luthardt hat aus Anlass dieser Debatte eine persönliche Erklärung angemeldet.

Dr. Luthardt (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herrn! Ich möchte auf die Rede des Abgeordneten Dombrowski etwas erwidern. Ich stehe hier und sage Ihnen: Der Eid, den ich geleistet habe, war der normale Eid, den jeder dort leisten und unterschreiben musste. Ein Abgeordneter der FDP-Fraktion sagte mir gestern, ähnliche Eide habe er auch beim Bund leisten müssen. Das war das Normale. Man musste seinem Dienstherrn entsprechende Treue schwören. Das ist in jeder militärischen Einheit üblich.

(Zuruf der Abgeordneten Prof. Dr. Wanka [CDU])

Ich stehe vor Ihnen und sage: Ich war nicht Mitarbeiter der Staatssicherheit in dem Sinne, dass ich Menschen ausspioniert habe. Ich habe meinen Wehrdienst dort geleistet. Ich wusste erst im Laufe der Zeit, was dort vor sich geht. Daraus habe ich meine Lehren gezogen. Ich habe jeglichen weiteren Dienst dort

abgelehnt und auch gesagt: Ich gehe keinen Schritt weiter als diesen. Zudem denke ich, dass man mit 18 oder 19 Jahren einfach noch nicht den Überblick hat.

Ich habe 20 Jahre meine Arbeit in diesem Bundesland getan. Ich bin gern bereit, das auch weiterhin zu tun und mit Ihnen, Frau Wanka, auch persönlich über meine Geschichte zu sprechen. Das tue ich mit aller Konsequenz. Jeder, der es wissen will, kann zu mir kommen. Demjenigen sage ich, was ich dort getan habe und wo ich tätig war. Ich bitte darum, das zu respektieren.

Ich möchte auch Folgendes sagen: Diese Hetzjagd - so muss ich es wirklich nennen -, die vor zwei Tagen über mich herging, möchte ich niemand anderem zumuten. Es war so schlimm, dass meine Kinder mich anriefen und weinend gefragt haben: Was ist hier los? - Ich sage Ihnen: Das war ein Schritt zu weit.

Ich möchte aber auch ausdrücklich sagen, dass es Unterschiede in der Presseberichterstattung gab. Es gab durchaus sehr positive Schlussfolgerungen und Reaktionen. Zudem haben mich in meinem Wahlkreis so viele Menschen angerufen und gesagt: Du hattest den Mut. Wir respektieren deine Aussage. - Dafür bin ich dankbar. Ich bin auch allen anderen Menschen, die es ehrlich meinen, dankbar. Ich beziehe dabei ausdrücklich Sie mit ein und hoffe, dass wir darüber sprechen können. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit ist die Debatte beendet. Ich darf Ihnen einen solch breiten Brandenburger Weg in die Zukunft wünschen, dass wir alle darauf Platz finden. Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ende der Sitzung: 12.50 Uhr